:antifaschistische nachrichten

Nr. 10

g 3336 19.5.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Transparent an der Hohenzollernbrücke

www.arbeiterfotografie.com

„Pro"-Marsch über die Deutzer Brücke

Wulff legt Ämter nieder

Berlin. Thomas Wulff, in einschlägig rechten Kreisen auch „Steiner" genannt, ist von allen Ämtern im Parteivorstand der NPD zurückgetreten. Der ehemalige Funktionär der 1995 verbotenen „Nationale Liste" bescheinigte der NPD-Führung in einer Erklärung vom 8. Mai mangelnde Glaubwürdigkeit. Diese sehe er „im Falle des BANDITO-Mitglieds Rossmüller sehr stark gefährdet". Es sei ihm seit der Öffentlichmachung der Mitgliedschaft des NPD-Funktionärs in dem Rockerklub unverständlich, warum der Parteivorsitzende sich vor Rossmüller stelle und nicht den Willen oder die Kraft habe, das Andocken der vermeintlich oder tatsächlichen organisierten Kriminalität an die NPD zu verhindern. Auch der Spitzenkandidat der NPD in Sachsen-Anhalt, Matthias Heyder, wurde von Wulff heftig kritisiert. Für die herbe Niederlage – die NPD verpasste knapp den Einzug in den Landtag – sei Heyder „zu einem guten Teil" verantwortlich. Wulff warf Heyder Versagen, Unehrlichkeit und eine „fraglos geistig-moralische Armseligkeit" vor. Zwar stehe er noch weiterhin zu dem von ihm entworfenen Modell der Volksfront zwischen „Freien Kräften" und der NPD, so Wulff, aber er sehe „eine zunehmende Aushöhlung der Vertrauensbasis". *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Protest gegen Ludendorffer 5
Vom Regen in die Traufe?
Zur Situation tunesischer Flüchtlinge in Paris 8

Einmal über die Brücke und zurück – das war's

Kein „Pro"-Marsch durch die Innenstadt von Köln

Köln. Über 3.000 Menschen protestierten am Samstag, den 7.5. gegen den sogenannten „Marsch der Freiheit" von „pro Köln/ NRW". Viele Menschen waren an unterschiedlichen Orten aktiv. Der „Pro"-Marsch startete mit viel Verspätung und endete vorzeitig.

Vor der Demonstration

Bereits mehrere Tage vorher zeichnete sich ab, dass die Polizei nicht nur einen Marsch über die Deutzer Brücke mit anschließender Kundgebung auf dem Heumarkt gebilligt hatte, sondern auch eine Demonstrationsroute durch das Schwulen-Viertel im Bereich Hohe Pforte und im Griechenmarkt-Viertel. Diese Information über die Presse bekannt zu machen scheiterte. Die Polizeipressestelle leistete harte Arbeit. Mit Ausnahme der Kölnischen Rundschau wurde die Information unterdrückt.

Samstag ganz früh

Bereits am Freitag lag die Information vor, „pro Köln" sammelt sich außerhalb von Köln. Die Informationen erhärteten sich. Es gab einen Bus am Flughafen und eine Anreise von „pro-Köln"-Funktionären über Opladen/Leverkusen. Hier stießen auch die belgischen Rassisten hinzu. 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten blockierten den Zug erfolgreich über zwei Stunden.
Das hatte dann gute Auswirkungen auf den Gesamtablauf des rassistischen Aufmarsches. Faktisch entstand eine Zeitverzögerung von zwei Stunden und eine Demoralisierung von „pro Köln". (siehe Bericht S. 2)

Das „Bündnis gegen Pro Köln" erzielte am Samstag morgen vor dem Oberverwaltungsgericht Münster noch das Recht, in Hör- und Sichtweite von pro Köln demonstrieren zu dürfen. Das führte dazu, dass auch Proteste direkt auf dem Heumarkt möglich waren.

Beginn der Proteste

600 Personen beteiligten sich an der Veranstaltung in der Kirche St. Heribert. Das war kein normaler Gottesdienst, sondern eher eine Protestveranstaltung, die dazu führte, dass „Pro" sich nicht in der Deutzer Freiheit aufstellen konnte, sondern abseits jeder Öffentlichkeit auf der Zufahrt zur Deutzer Brücke in der Nähe des Deutzer Bahnhofs.

Kurz vor 12 Uhr ging es dann in einer Demonstration durch Deutz über die Hohenzollernbrücke zur Frankenwerft. Auf der Hohenzollernbrücke hing ein Plakat von 22 Metern Länge mit der Losung: „Wir stellen uns quer. Kein Rassismus in Köln!" Im Bereich Heumarkt/Alter Markt sammelten sich schon die Menschen. Als die Demonstration von der rechten Rheinseite an der Frankenwerft ankam, führte das Bündnis „Köln stellt sich quer" mit ca. 1.000 Personen eine Kundgebung durch.

weiter Seite 2

www.arbeiterfotografie.com

Rednerinnen und Redner von den Kirchen, der muslimischen Gemeinde, DITIB, der DGB-Landesvorsitzende und Vertreter von SPD, Grüne und der LINKEN. sprachen zu den Teilnehmern. Rolly Brings und Söhne unterstützten musikalisch.

„Pro" marschiert im Sperrbezirk

„Pro Köln" wollte um 12 Uhr demonstrieren. Erst gegen 14 Uhr trafen die letzten Anhänger in zwei eilig herbei geschafften Sonderbussen aus Opladen ein. Zwei Stunden mussten sie warten. Einige sind alkoholisiert. Ein Demonstrant mit SS-Zeichen muss seine Tätowierung verstecken. Zusätzliche Verzögerung entstand, als die Stromzufuhr der Verstärkeranlage durch einen Gegendemonstrant druchtrennt wurde. Es war ein ärmlicher Haufen, schreibt die Presse tags drauf. Wohl wahr, aber es waren dann doch 300 bis 400 Personen. Auffällig viele „Republikaner", mit denen „pro Köln" jetzt fusionieren will. Als sie über die Brücke zogen, zeigten die Kundgebungsteilnehmer von „Köln stellt quer" den Rechten demonstrativ ihr Hinterteil. Auf dem Heumarkt angekommen, wurde „pro Köln" heftig ausgepfiffen. Die Polizei hatte mit einem doppelten Ring von Polizeiautos eine Art Wagenburg gebildet, unmittelbar am umstrittenen Reiterdenkmal von Kaiser Wilhelm. Viele Demonstrantinnen und Demonstranten aber zogen auch schon weiter und bildeten Menschenblockaden an der Hohen Pforte, an der Cäcilienstraße und an den Bächen. Somit war klar, wenn der Demonstrationszug der Rechten weiter ziehen würde, wären Konflikte vorprogrammiert. Gleichwohl diskutierte die Polizeiführung noch, ob ein Marsch durch die Stadt durchgesetzt werden könne. „Pro" aber war platt und leistete der Aufforderung der Polizei zurückzumarschieren keine Widerrede. Gegen 16 Uhr zogen sie wieder ab über die Deutzer Brücke. Die Blockaden wurden beendet.

Fazit

Beide Bündnisse haben gute Arbeit geleistet (siehe Kommentar) und haben den Einmarsch von pro Köln in die Innenstadt verhindert. Ein Erfolg, der weiter ausgewertet werden sollte, um Strategie und Taktik noch zu verbessern. *jöd* ■

Gleisblockade in Opladen verzögert rechten Aufmarsch um einige Stunden

Köln, 7.5.2011. Um 12 Uhr mittags sollte der großspurig angekündigte „Marsch für die Freiheit" mit angeblich über tausend TeilnehmerInnen starten, doch als es soweit war, standen die wenigen RassistInnen etwas ratlos in Deutz, denn sie waren nicht vollzählig. Vor allem einer fehlte: Markus Beisicht. Was war geschehen?

Um reibungslos nach Deutz zu gelangen, hatte Pro NRW zwei Zugtreffpunkte organisiert und diese vertraulich an alle Interessierten über E-Mail weitergegeben. Doch offensichtlich scheint selbst solch eine vermeintlich einfache Aufgabe die braunen Pappkameraden zu überfordern und so sickerten die beiden Treffpunkte bereits am Freitagabend durch – der eine war an der S-Bahn-Station des Flughafens Köln-Bonn, der andere in Leverkusen-Opladen. Daher begab sich am Samstagmorgen eine große Gruppe von mehreren hundert AntifaschistInnen vom Treffpunkt der „Dazwischengehen"-Aktionen am Bahnhofsvorplatz mit der Regionalbahn ins beschauliche Opladen, um dort die Anreise der Rechten zu behindern. Dort warteten, von der Polizei beschützt, mehrere rechte AktivistInnen am Bahnsteig auf ihren Zug nach Köln, darunter einige Mitglieder vom Vlaams Belang und kein Geringerer als Markus Beisicht selbst. Letzterer wirkte über die plötzliche Ankunft der entschlossenen und lautstarken Gruppe unangenehm überrascht und wurde immer nervöser. Auch die Polizei schien von der Situation überrascht. Und es sollte noch schlimmer für den rechten Anwalt kommen: Die hunderten linken DemonstrantInnen besetzten die Bahngleise, was zur Folge hatte, dass der Bahnverkehr nach Köln lahm gelegt war. Mehrere Bahnen fielen aus oder kamen verspätet auf einem anderen Gleis an (böse Zungen würden sagen, es war also alles wie immer bei der Deutschen Bahn). Die Rechten konnten also vorerst nicht nach Köln gelangen. Beisicht wurde nun unruhig und redete auf einen Einsatzbeamten ein. 12 Uhr war schon lange vorbei, als es der Polizei dann doch gelang, die Rechten in Busse zu leiten, mit denen sie nach Köln fuhren und erst mit empfindlicher Verspätung in Deutz ankamen.

Die BlockiererInnen wurden bis zum Nachmittag von der Polizei festgehalten, selbst als Beisicht und Konsorten schon längst in den Bussen in die Domstadt saßen! Schließlich wurden alle AntifaschistInnen einzeln vom Gelände gebracht, mussten Kontrollen über sich ergehen lassen, ihre Personalien abgeben und sich fotografieren lassen. Einigen wurde ein Platzverweis für sämtliche Bahnhöfe im Großbereich Köln erteilt, manchen wurde explizit untersagt, für den Rest des Tages noch an irgendeiner Demonstration teilzunehmen. Wie die Polizei in einer Pressemitteilung verlautbaren ließ, müssen alle BlockiererInnen mit juristischen Konsequenzen rechnen. Man kann nur hoffen, dass es dazu nicht kommt – bereits 2008 hatte die Polizei für die Kesselung mehrerer DemonstrantInnen vor Gericht eine Niederlage erlitten. Antifaschistischer Protest darf nicht kriminalisiert werden!

jk ■

www.arbeiterfotografie.com

Wer nahm teil?

Neben Mitgliedern und Anhängern von „pro“ nahmen auch einige Dutzend Mitglieder der mittlerweile politisch weitgehend unbedeutenden „Republikaner“ (REP) teil. Ein Novum – zwischen beiden Parteien zeichnet sich eine engere Kooperation ab. Der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer und sein Stellvertreter Johann Gärtner traten in Köln als Redner auf. In einem Interview mit der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ spricht der „pro NRW“-Vorsitzende Markus Beisicht von Plänen, bei der Bundestagswahl 2013 oder der Europawahl im darauf folgenden Jahr als „gemeinsame Formation“ anzutreten. Aus Berlin war eine Gruppe von „Pro Deutschland“ um den ehemaligen Kölner Stadtrat Manfred Rouhs angereist. Der belgische „Vlaams Belang“ (VB) war deutlich sichtbar vertreten, von der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ nahm hingegen nur eine kleine Delegation teil. Filip Dewinter, VB-Fraktionsvorsitzender im flämischen Regionalparlament, beschwor die „Internationale der Nationalen“. Für die FPÖ traten Susanne Winter und Wolfgang Jung an das Mikrofon. Taylor Rose hielt eine Rede als Vertreter der US-amerikanischen „Tea Party“-Bewegung, Jacques Cordonnier (Vorsitzender von „Alsace d’abord“) für den französischen „Bloc Identitaire“.

Es sei „die größte freiheitliche Kundgebung, die Köln jemals erlebt hat“, frohlockte Beisicht. Übereinstimmenden Medienberichten zufolge nahmen etwa 300 Rechte an der Demonstration teil. Am Mittag sprach ein „pro“-naher Internetblog von „mehren hundert hoch motivierten“ Demonstranten, auf dem Heumarkt verkündete „pro-NRW“-Generalsekretär Markus Wiener dann die Zahl von 1100 Teilnehmern beim „Marsch für die Freiheit“. „Ich werde deshalb nach diesem großartigem Erfolg den Gremien unserer Bürgerbewegung vorschlagen, diese Freiheitsmanifestation als jährliche Traditionsveranstaltung auch in Zukunft fortzuführen“, kündigte Beisicht an.

Mats Fogeman ■

7. Mai 2011: Ein antifaschistischer Erfolg – doch es bleibt noch viel zu tun

Auch wenn pro Köln/pro NRW das anders darstellt: der großspurig angekündigte (aber in Köln interessanterweise kaum beworbene) „Marsch für die Freiheit“, an dem laut Ankündigung der notorischen Großmäuler um die Herren Beisicht und Wiener deutlich über 1.000 teilnahmen, war für die Rassist(inn)en kein Erfolg. Wenige hundert Teilnehmer(innen), von denen ein nicht unbeträchtlicher Teil von den flämischen Kumpanen vom Vlaams Belang gestellt wurden gingen, wie man auf diversen Filmen im Internet gut erkennen kann, in sehr lichten Reihen und mit meist großem Abstand zueinander durch menschenleere, von der Polizei bereits Stunden vorher abgesperrte Straßen, verfolgt bzw. begrüßt von lautstarkem Protest vieler Antfaschist(inn)en. Selbst auf einschlägig rechten Webseiten und Blogs machen Teilnehmerzahlen von 300 die Runde. Erfolg sieht anders aus.

Ein Erfolg war dieser 7. Mai allerdings für all diejenigen, die seit Wochen und Monaten den Protest organisiert hatten, die planten, mobilisierten, Flugblätter verteilten, Plakate klebten, Transparente malten. Und es war ein Erfolg für alle, die an diesem Samstag auf Straßen und Plätzen, in der Deutzer Kirche Sankt Heribert und auf den Gleisen des Bahnhofs von Opladen zum Ausdruck brachten, dass sie nicht gewillt waren, dem Treiben der braunen Demagogen widerstandslos zuzuschauen. Menschen, die sich sonst politisch streiten und unterschiedlichste Interessen vertreten, Autonome, Christ(inn)en, Gewerkschafter(innen), Grüne, Kommunist(inn)en, Linke, Muslim(inn)en, Piraten, Schwule und Sozialdemokraten: sie stellten für diesen Tag die vorhandenen Differenzen in den Hintergrund und stritten gemeinsam gegen Rassismus, verkörpert in der selbsternannten Bürgerbewegung.

Bei einer solch breiten Koalition, die auf den Straßen zusammen kommt, selbst gegen den erklärten Willen einiger Beteiligter aus bürgerlichen Parteien und Großorganisationen der „Zivilgesellschaft“, und die die Voraussetzung dafür ist, die Rassist(inn)en auch politisch zu stoppen, kann es nicht ausbleiben, dass die Zugänge und kulturellen Ausdrucksformen der Beteiligten äußerst unterschiedlich sind und sich vielleicht auch widersprechen. Diese Unterschiede und Widersprüche müssen nicht nur ausgehalten, sondern auch toleriert werden – von allen, die gegen Rechts aktiv sind. Ausgrenzung und Ignoranz schadet dem gemeinsamen Ziel.

Aber bei aller berechtigten Freude darüber, dass Beisicht und Konsorten auch diesmal ihren Plan, durch Köln zu marschieren wegen des großen Widerstandes nicht umsetzen konnten, bleiben Fragen, die bis zum nächsten Mal (und es steht zu befürchten, dass es ein nächstes Mal geben wird) beantwortet werden sollten. Zentral scheint mir dabei die Frage zu sein, wie wir noch mehr Menschen auf die Straßen bringen können, ihnen klar machen, dass es beim Kampf gegen Rechts, gegen alle Formen von Rassismus und für mehr Demokratie um ihre ureigenen Interessen geht.

Wenn wir das schaffen, brauchen wir auch vor kommenden braunen Zusammenrottungen keine Angst zu haben, werden die Rechten in Zukunft nicht mal mehr einen Meter über den Rhein kommen. Bis dahin allerdings, werden wir noch viel Arbeit haben. *tri* ■

Die Abwertung der Anderen.
Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskrimierung

Dipl. Soz. Andreas Hövermann, Universität Bielefeld, Mitarbeiter an der gleichnamigen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Rechtspopulistische Parteien in Schweden, Norwegen und Dänemark

Nina Schillings, M.A. – Politikwissenschaftlerin, Köln

Samstag, 28. Mai 2011
14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Kleines Forum

Veranstalter:
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Antifaschistische Nachrichten c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-2116 58

Rechter Rand der Union tagte

Berlin. Etwa 150 Menschen nahmen am 6. und 7. Mai in Berlin am ersten Kongress der Initiative „Linkstrend stoppen“ teil, die ein mangelndes konservatives Profil der CDU beklagt. Die Teilnehmer des Kongresses, der auch in der „Jungen Freiheit“ beworben wurde, beschlossen, keine neue Partei zu gründen, sondern die Initiative in einen Verein umzuwandeln und die Gründung regionaler Stammtische und Gruppen zu forcieren. Als Vorbild diene, so der Sprecher der Initiative, Michael Nickel, die rechtskonservative „Tea Party-Bewegung“ in den USA. Als weiteres Ziel nannte Nickel die Rehabilitierung des aus der CDU ausgeschlossenen ehemaligen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, der zu den Rednern des Kongresses gehörte. Nickel bedauerte, Patriotismus oder „Lebensschutz“ kämen in der Union nicht mehr oder nur noch am Rande vor. Dies sei, so Hohmann, der falsche Weg. Nach Auffassung von Hohmann könne die CDU nur wieder gesunden, wenn sie sich auf die Trias aus Gott, Familie und Vaterland konzentriere. *hma* ■

Trennung nur von SJ-Bundesgruppe

Königswinter. Die Bundesführung der „Landsmannschaft Schlesien“ verweist in einer Pressemitteilung vom 5. Mai darauf, dass sich ihr Trennungsbeschluss von der „Schlesischen Jugend“ (SJ) nur auf die Bundesgruppe, den Bundesvorstand der „Schlesischen Jugend“, beziehe. Die Landesgruppen seien davon nicht betroffen, es sei denn, in der Landesgruppe Thüringen werde „eine Personenidentität“ festgestellt. Maßgeblich für die Trennung von der SJ seien Informationen des „Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz“ gewesen, nach denen Führungskräfte der „Schlesischen Jugend“ in Thüringen, dem Sitz des SJ-Bundesvorstandes, zuvor in der 2009 verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ aktiv waren. Weitere SJ-Mitglieder entstammen sonstigen extrem rechten Gruppierungen. Seit der Neuwahl des Bundesvorstands im Herbst 2009 hätten „fast alle“ Landesgruppen der Landsmannschaft nicht mehr mit der SJ-Bundesgruppe zusammengearbeitet. *hma* ■

Landesvorsitzender zurückgetreten

Bochum/Münster. Die „Deutsche Partei“ (DP) in NRW verliert ihren Landesvorsitzenden. Michael Fischer (Bochum) hat seinen Rücktritt von allen Parteiämtern und den Austritt aus der DP bekannt gegeben. Fischer kritisierte die mangelnde Außendarstellung der Partei. Es sei nicht gelungen, in den vergangenen Monaten ein eindeutig konservatives Profil zu entwickeln. Als kommissarischer Landesvorsitzender der DP fungiert nun Dirk Pelster aus Münster. *hma* ■

Separatistensieg in Edinburgh

Grossbritannien/Edinburgh. Die separatistische „Schottische Nationalpartei“ (SNP) hat bei den Wahl zum Regionalparlament in Edinburgh eine Mehrheit der Sitze erzielt. Die SNP erhielt 69 von 129 Mandaten. Parteichef Salmond kündigte an, sich für eine Abstimmung über die Loslösung Schottlands von Großbritannien einsetzen zu wollen. *hma* ■

Nazis mobilisieren zum 4. Juni in Braunschweig

Trotz des Verbotes des Naziaufmarsches unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft“ am 4. Juni durch die Stadt Braunschweig mobilisieren die Nazis weiter. Sowohl auf der Internetseite des „Tag der deutschen Zukunft“, für die sich die NPD-Aktivistin Ricarda Riefling aus Hildesheim verantwortlich zeigt, als z. B. auch auf der Internetseite der Braunschweiger Nazikameradschaft „Burschenschaft Thormania“, die den Braunschweiger Sören Högel als Verantwortlichen im Impressum nennt, wird unverändert für den 4. Juni geworben. Ein Hinweis auf das Verbot findet sich dort bis heute nicht. Ebenso wird in Sozialen Netzwerken im Internet weiter für den Aufmarsch mobilisiert. So schreibt der Anmelder des Aufmarsches, Dieter Riefling, z. B. bei Facebook: „Wir können zwar momentan nicht auf den 4.6. verweisen. Aber die Kampagne bleibt aktiv und auch die Mobilisierung. Haltet euch also bereit! .“

Am 1. Mai startete das Bündnis gegen Rechts mit einem Infostand auf dem Mai-Fest im Bürgerpark seine Aktionswochen gegen den Neonazi-Aufmarsch. Bis zum 4. Juni sollen Veranstaltungen und Workshops von Gruppen aus dem Bündnis gegen Rechts angeboten: Geplant sind unter anderem ein Stadtrundgang zu Braunschweig in der NS-Zeit, ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, eine Veranstaltung über der die rechte Szene in der Region und eine Diskussionsveranstaltung mit dem Professor im Ruhestand Freerk Huisken zum Thema „Wie man die Neonazis kritisieren sollte und wie besser nicht“. Diese Aktionswochen zeigen exemplarisch, wie aus Protestbündnissen gegen Neonazi-Aufmärsche neue Formen des gesellschaftlichen Engagements erwachsen.

Bereits ein Vierteljahr vor dem Aufmarsch zum rechtsextremen „Tag der deutschen Zukunft“ in Braunschweig hatte es in der Nazi-Szene handfesten Krach gegeben. Grund dafür: der „Thüringentag der nationalen Jugend“, den die NPD am selben Tag in Nordhausen feiern will. Besonders Neonazis aus der Kameradschaftsszene glaubten nicht an Zufall, denn auch andere NPD-Veranstaltungen in Thüringen fallen auf Tage, an denen Großevents der Szene vorgesehen sind oder waren. Die Organisatoren befürchteten rückläufige Teilnehmerzahlen.

Quelle: Pressemitteilung Bündnis gegen rechts Braunschweig 12. Mai 2011

Der ‚Marsch der Schweine‘ des Bloc identaire

Lyon. Selten trug eine rechtsextreme Demonstration ihren Namen derart treffend. Einen ‚Marsch der Schweine‘ wollte die Aktivistengruppierung Bloc identitaire ursprünglich am Samstag, den 14. Mai 11 in Lyon veranstalten. Der Name war als Ausdruck der Abgrenzung und Ablehnung von Halal-Speisenangebot (d.h. moslemischen Speisevorschriften genügendem Essen) in der Stadt gedacht. Doch der Präfekt – juristischer Vertreter des Zentralstaats im Département von Lyon – hatte den Aufmarsch verboten. 48 Stunden zuvor wurde er dann doch noch, unter dem veränderten Titel ‚Marsch der Freiheit‘, behördlich erlaubt und sollte sich nunmehr sowohl gegen die ‚Islamisierung Frankreichs‘ als auch gegen behördliche Verbote rassistischer Manifestationen richten. Rund 500 Personen laut Presseberichten – der Bloc identitaire spricht in eigenen Berichten von ‚gut 600‘ – nahmen daran letztlich teil. Eine Gegendemonstration von Antifaschist/inn/en und Linken, die ebenfalls seit längerem geplant war, zog etwas über 800 Menschen an. Beim Bloc identitaire sprachen unter anderem dessen Chef Fabrice Robert und der ‚identitäre Präsidentschaftskandidat‘ für die Wahl im April/Mai 2012, der 25- oder inzwischen 26-jährige Arnaud Gouillon. Aber auch Tommy Robinson, Chef der rechtsradikalen britischen und zuvörderst anti-moslemischen Hooligan-Politgruppe ‚English Defence League‘, hielt als ‚Überraschungsgast‘ eine Ansprache. Unter Nachäffung des Slogans bei antirassistischen Protesten (‚Ob erste, ob zweite, ob dritte Generation: Wir sind alle Einwandererkinder‘) riefen die rechtsextremen Demonstranten unter anderem die Parole: ‚Ob erste, ob zweite Generation, wir sind alle Schweine(fr)esser!‘ Im Anschluss an die Demonstration kam es zu ‚Zwischenfällen‘ (laut Formulierung der bürgerlichen Presse), auch wenn die befürchteten Reibereien zwischen ‚Identitären‘ und antifaschistischen Gegendemonstranten ausblieben. Ein Kebab in der Lyoner Innenstadt wurde stattdessen demoliert. Vier Personen wurden daraufhin als Tatverdächtige festgenommen. Insgesamt 60 bis 80 Teilnehmer des Aufmarsches wurden Personalienkontrollen unterzogen. *BhS, Paris* ■

Internationaler Protest gegen Ludendorffer

Polizei behindert Bundestagsabgeordneten

Dorfmark/ Bad Fallingbostel. Die sehr unterschiedliche Berichterstattung der Medien über die rassistischen Ludendorffer und die antifaschistischen Proteste am 22.4.11, erfordert unsere Stellungnahme. Im Gegensatz zu NDR und Weser-Kurier berichteten lokale Medien nicht oder stellten nachts zerstörte Hotel-Scheiben in den Mittelpunkt. Wir verweisen auf die neue Broschüre über Ludendorffer „Im Kampf gegen „überstaatliche Mächte“„ Herausgeber: ARUG (Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus). Da das Bürgermeister-geführte Bürgerbündnis gegen die Ludendorffer untätig ist, verließ ver.di das Bündnis, um mit anderen das „Bündnis gegen Ludendorffer“ zu gründen.

Gegen die völkisch-antisemitischen-antichristlichen Ludendorffer protestierten am Karfreitag 22.4.11 in Dorfmark den Tag über insgesamt 300 Menschen, darunter auch das Internationale Jugendworkcamp Bergen-Belsen mit Teilnehmenden u.a. aus Südafrika, Israel und osteuropäischen Ländern. Als angesichts der weiträumigen Straßensperrung der Grüne Bundestagsabgeordnete Sven Kindler sein Abgeordneten-Kontrollrecht gegenüber der Polizei wahrnehmen wollte, wurde er von der Polizei daran gehindert. Erst nachdem ein couragierter Medienvertreter sich einmischte, wurde ihm dies demokratische Recht zugestanden. Die engen Auflagen gegen den Protest sind das Ergebnis einer überdimensionierten Gefahrenprognose des Staatsschutzes. Der örtliche Staatsschutz-Chef ist zugleich CDU-Ratsherr in Bad Fallingbostel.

Seit über 30 Jahren hält der rassistische „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer) e.V.“ in Dorfmark seine Ostertagung ab. Proteste dagegen gab es bereits in den 1980er Jahren. Da Pressemitteilungen und das Thematisieren im zuständigen Rathaus Bad Fallingbostel nicht wirkten, gibt es seit 2007 Straßenproteste. Die Resolution des Stadtrates gegen die Bewirtung der Ludendorffer kam zustande, nachdem 2008 überregionale Medien über Drohungen und rassistische Pöbeleien von Dorfmarker Einwohnern gegen Protestierende des Internationalen workcamps Bergen-Belsen berichteten. (Beispiel: „Bei Hitler haben die Neger nicht auf der Straße getanzt“).

Die Resolution des Stadtrates hatte keine praktischen Folgen. Der Dorfmarker Tourismusverein und ein Hotelier machten hingegen deutlich, dass die Hotels und Pensionen sich das Geschäft nicht entgehen lassen wollen. Nach unserer Kenntnis lehnt bisher erst ein einziger Pensionswirt die Vermietung an Ludendorffer ab. Die Auseinandersetzung mit dem Rassismus lehnen die Profiteure und große Teile der Politik ab. Informationspapiere über die Ludendorffer, die bei einer Ausstellung über Neonazis ausgelegt waren, wurden vom Ortspastor entsorgt. Für unabhängige Info-Veranstaltungen über Ludendorffer steht in Dorfmark kein Raum zur Verfügung.

Mehrfach, zuletzt im April 2011, hat der Weltanschauungsbeauftragte der Evangelischen Landeskirche Hannover zu den Ludendorffern erklärt: „das rechtsextreme Menschenbild ist mit dem Christentum nicht vereinbar“ und „die Ludendorffer sind eine Gefahr für die Demokratie“.

Mit Volkstanz und Vorträgen wird Kindern bis SeniorInnen der spezielle Rassismus von Mathilde und Erich Ludendorff gelehrt. Immer wieder sind bekannte Nazis dabei, wie Steffen Hupka oder Jugendliche des – inzwischen verbotenen – Bund „Heimattreue Deutsche Jugend“. Mathilde Ludendorff, selbsternannte Philosophin und Frau des Hitler-Putsch-Gefährten von 1923, General Erich Ludendorff, teilt in ihrer Lehre die Menschen in „Licht- und Schachtrassen“. Die nordischen „Lichtrassen“ seien „dem Göttlichen nahe“, die „Schachtrassen“ aber unvollkommen und sündhaft. Die einen seien von Natur aus zum Herrschen, die anderen zum Dienen geschaffen. „Blutsmischung“ führe zum „Volkstod“. Deutsche Kinder würden durch eine „verjudete christliche Erziehung“ geschädigt.

Die Journalistin Andrea Röpke, die für ihre Recherchen in der rechten Szene den Courage-Preis erhielt, stellt fest, dass Nazi-Gruppen Ludendorffs „Deutsche Mahnworte“ als Plakat und ihr Gedicht „sei deutsch!“ als Verhaltenskodex verbreiten. Bei der NPD wird unter dem Schlagwort „Volk“ die Sichtweise von Ludendorff aufgegriffen. Als Ostern 2010 Journalisten auf der Straße die Anwesenheit des prominenten Altnazis Hajo Herrmann dokumentieren wollten, wurden sie von Ludendorffern tätlich angegriffen.

Während die Ludendorffer durch Dorfmarker Honoratioren und andere ständig verharmlost oder verteidigt werden, wurden in den letzten Jahren in der Walsroder-Zeitung Leserbriefe von Ludendorffern veröffentlicht – bei gleichzeitiger Nicht-Veröffentlichung von antifaschistischen Leserbriefen. Die Ordnungsbehörde machte 2011 dem Protest auf der Straße sehr einengende polizeiliche Auflagen, während die Polizei dem Grünen Bundestagsabgeordneten sein Kontrollrecht im barschen Ton verweigerte.

Wer sich angesichts dieser politischen Gesamtsituation über Beschädigungen oder Proteste aufregt, sollte darüber nachdenken, wie das alles zu vermeiden ist. Wenn in Dorfmark und Umgebung die Ludendorffer nicht weiter bewirtet, beherbergt und verharmlost werden, gewinnen Dorfmark und die ganze Stadt Bad Fallingbostel den Ruf von couragierten Demokraten. Und das kann auch für den Tourismus nur positive Folgen haben.

Pressemitteilung des „Bündnis gegen Ludendorffer“ ■

Dem „Bündnis gegen Ludendorffer“ gehören an: Antifa-Initiative Soltau-Fallingbostel, Die Grünen, DGB, DIE LINKE, Ehrbares Handwerk, GEW, Grüne Jugend, IG BCE-Jugend, Jusos, Linksjugend solid, MdB Johanna Voss, MdB Sven Kindler, ver.di SFA, ver.di-Jugend, VVN/BdA

Geschichtsrevisionismus in Zittau auf dem Vormarsch

ZITTAU. „Am 8. Mai 2011 eröffnet die Aktion gegen das Vergessen eine Bildungs- und Begegnungsstätte im derzeitigen Dreiländereck BRD-Polen-Tschechien mit einer öffentlich zugänglichen Dauerausstellung über Vertriebenenverbrechen an Deutschen.“, so die Ankündigung von Jürgen Hösl-Daum in seinem Januarheft „Vergißmeinnicht“.

Neben der Ausstellung sollen nach seinen Angaben ebenfalls eine Bibliothek im Haus des „Nationalen Jugend Blocks Zittau“ in der Äußeren Oybiner Straße 4b eingerichtet werden.

Nicht zufällig wählt Hösl-Daum als Eröffnungstag den 66. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Damit erhofft er sich Aufmerksamkeit, die ihm und der „Aktion gegen das Vergessen“ seit 2004 nicht mehr zu Teil wurde. Vor dem jetzigen Versuch, Aufmerksamkeit zu bekommen, versuchte er es mit der Anmeldung einer Kundgebung am 19. Februar 2011 in Dresden. Diese stand unter dem Motto „Gedenken an die in Dresden den Bombenangriffen zum Opfer gefallenen Flüchtlinge aus Ostdeutschland“ und fand mit 350 Teilnehmern auf der Bayrischen Straße statt.

Doch was war im Jahr 2004?

In der Nacht zum 22. Juli 2004 wurden bei einer Autokontrolle im polnischen Boleslawiec drei deutsche Männer festgenommen, die zuvor in verschiedenen polnischen Orten Holzkreuze aufgestellt und revanchistische Plakate geklebt hatten.

Neben einem Bautzner Neonazi zählten die zwei anderen Festgenommenen zur „Prominenz“ der deutschen Naziszene. Beide, Stephan Roth aus Oybin und Jürgen Hösl-Daum, waren und sind langjährig Aktive im Spektrum der völkischen und bündischen Neonaziszene. Hös-Daum war damals Bundesvorsitzender der Schlesischen Jugend und in Görlitz Stadtrat für die DSU. Stephan Roth ist mittlerweile Bundes-“führer“ der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO).

Im Herbst 2005 begann der Prozess gegen Hösl-Daum und seine zwei Mitnazis vor dem Landgericht in Jelenia Góra. Sehr schnell wurden die drei zu einer Geldstrafe verurteilt. Es wurde dabei inhaltlich nicht weiter nachgehakt, so dass jenes Strafmaß durch das reine illegale Anbringen der Plakate zu Stande kam. Jedoch wurden sie von der Staatsanwaltschaft wegen Verunglimpfung der polnischen Nation und Rassenhass angeklagt. Diese Vorwürfe lassen ein Strafmaß von bis zu 5 Jahren zu.

Den Nazis ging es jedoch darum, aus dieser Tat einen politischen Prozess zu machen, der natürlich auch inhaltlich durchgenommen werden musste. So wurde direkt nach der Aktion in Polen und dem nachwirkenden Pressewirbel eine Website angemeldet. Informationen über den Prozessverlauf wurden dann nicht nur auf dieser Homepage dargeboten, sondern auch auf relevanten anderen sächsischen und bundesweiten Nazi-Infoportalen. So gingen die Nazis in Revision und der Prozess wurde neu aufgerollt. Dabei spielten jetzt auch Gutachten und Historikeraussagen eine Rolle. Letztendlich wurden die Nazis im April 2006 zu Bewährungsstrafen von bis zu 10 Monaten verurteilt.

Nachdem es unter anderem wegen personeller Querelen zeitweise recht ruhig um Hösl-Daum geworden war, versucht er nun erneut seinen Fuß in der revisionistischen Tür zu haben. Dabei verwundert seine Kooperation mit dem Nationalen Jugendblock Zittau nicht. Mit seinem Co-Aktivisten Stephan Roth verfügt er über beste Kontakte zum NJB. Und so geht Hösl-Daum gleich in die Vollen. Mit der Ausstellung und Bibliothek will er nichts weniger als einen „europaweiten Aufschrei provozieren“, schreibt er in „Vergissmeinnicht“.

Davon wird natürlich keine Rede sein können. Dennoch ist das Projekt geeignet, zur weiteren Vernetzung und Verstetigung der Zusammenarbeit zwischen Neonazis der verschiedenen Spektren beizutragen.

Peter Conrady
und Jens Thöricht ■

„Wachsam sein!“

DGB erinnert an verfolgte GewerkschafterInnen im Dritten Reich

BERLIN. Mit einer Wanderausstellung gedenkt der DGB jener GewerkschafterInnen, die Widerstand gegen die Nazis leisteten. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und der Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, Günter Morsch eröffneten am 2.5. die Ausstellung im DGB-Haus am Hackeschen Markt in Berlin.

„Morgen werde ich gehenkt. Schafft die Einheit“: Dieser Ausspruch von Wilhelm Leuschner ist beispielhaft für die Menschen, denen die Ausstellung „‚Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht‘ – Deutsche Gewerkschafter im KZ 1933 - 1945“ gewidmet ist. Gewerkschaftsführer Leuschner, der von den Nazis aus dem Amt getrieben und im Konzentrationslager inhaftiert wurde, ließ auch unter schwierigsten Bedingungen keinen Zweifel daran, dass er auf der richtigen Seite stand. Wie er wurden viele GewerkschafterInnen, die im Widerstand aktiv waren, gefoltert und ermordet.

Zehn modellhafte Biografien würdigen einen kleinen Teil der mutigen Männer und Frauen. Neben ihrem Verfolgungsschicksal stellen sie die Persönlichkeit, den Werdegang vor der Inhaftierung und, soweit sie die KZ-Haft überlebten, ihren Anteil am Wiederaufbau der Arbeitnehmerorganisationen in der Nachkriegszeit vor – und leisten damit auch einen Beitrag zur gewerkschaftlichen Erinnerungskultur. Die Ausstellung ist Teil eines auf Jahre angelegten Projekts der Berliner Professoren Siegfried Mielke und Günter Morsch. Ihre Studierenden am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin sind maßgeblich für das Gelingen der Ausstellung und des Begleitbandes verantwortlich. Finanziell unterstützt wird das Projekt hauptsächlich von der Hans-Böckler-Stiftung. Die Ausstellung verstehe sich als Gegengewicht gegen die offizielle Gedenkkultur in Deutschland, erklärte Günter Morsch zur Ausstellungseröffnung: Der Widerstand aus der Arbeiterbewegung werde grundsätzlich unterschlagen, es gehe immer nur um die adeligen Helden des Attentats gegen Hitler am 20. Juli 1944.

Die sehenswerte Wanderausstellung soll in vielen Gewerkschaftshäusern in den Bezirken und Regionen gezeigt werden. Anfragen sind ausdrücklich erwünscht!

Die Ausstellung ist noch bis 30. Juni 2011 zu sehen: Mo-Sa 10-18 Uhr, DGB-Haus, Hackescher Markt, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin.Anfragen zur Ausstellung: info@gedenkstaette-sachsenhausen.de

Quelle: http://www.dgb.de/themen/ ■

Im Metropol Verlag, Berlin ist ein Begleitband erschienen. 34 GewerkschafterInnen werden dort im Porträt vorgestellt: „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht.“ – Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933–1945. Herausgegeber: Siegfried Mielke und Günter Morsch, Metropol Verlag Berlin, ISBN 978-3-86331-031-8, 240 Seiten, 19,00 Euro

Erneut SS-Gedenken in Bad Reichenhall

Neonazis hielten im Bad Reichenhaller Ortsteil Karlstein am Sonntag, den 8. Mai 2011 erneut ein neonazistisches SS-Gedenken zur Glorifizierung der SS-Einheit Charlemagne ab. Das RABATZ-Bündnis kritisiert, dass auch dieses Jahr den vermutlich 80 Teilnehmer_innen kein zivilgesellschaftlicher Widerstand entgegengesetzt wurde und ruft für den 21.Mai zu einer antifaschistischen Demonstration in Bad Reichenhall auf.

Die Charlemagne war eine Einheit der Waffen-SS, die überwiegend aus kollaborierenden französischen Freiwilligen bestand. Seit Jahrzehnten können ihr Alt- und Neonazis ungestört in Bad Reichenhall gedenken. Jahrelang beteiligten sich paramilitärisch auftretende, faschistische Gruppen aus dem In- und Ausland an der „Naziverehrung". An der von dem NPD Kreisverband Traunstein- Berchtesgadener Land organisierten Nazifeier nahmen in diesem Jahr nach Polizeiangaben ca. 80 Alt- und Neonazis teil.

Angereist war beispielsweise auch der verurteilte Rechtsterrorist Karl-Heinz Statzberger, der an den Anschlagsplänen Münchner Neonazis auf das Jüdische Gemeindezentrum involviert war.

Ein Großaufgebot der Polizei sicherte die Nazigedenkfeier und ließ keine Beobachter_innen zu. „Es ist bezeichnend für das reaktionäre Klima in und um Bad Reichenhall, dass sich gegen eine derartige Naziveranstaltung kein Protest regt. Auch das Verhalten der Polizei, die Dokumentation des treffens von Beobachter_innen zu unterbinden, ist mehr als unangemessen", so Anna Jade vom antifaschistischen RABATZ-Bündnis.

Antifaschist_innen kritisieren, dass ein Gedenkkreuz, das sich zur faschistischen Pilgerstätte entwickelt hatte, von der Stadtverwaltung lediglich vom Parkplatz „Am Kugelbach" in den Friedhof St. Zeno versetzt wurde. „Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Problematik Neonazismus und Gesichtsrevisionismus fand jedoch nicht statt.", kritisieren die 10 antifaschistischen Gruppen aus Oberbayern und Österreich in einer gemeinsamen Presseerklärung.

Das SS-Gedenken dürfte dabei ein jährlicher Höhepunkt der lokalen Naziszene sein. Dieser war es erst vor drei Wochen geglückt, einen „nationalen Liederabend" in der Region abzuhalten. Die Neonazis brachten des weiteren in der Höhe des Grenzübergangs Walserberg, bei Bad Reichenhall, ein 8 Meter langes Transparent an, das lange Zeit nicht entfernt wurde. (siehe auch AN 9-2011)

Das antifaschistische RABATZ-Bündnis zeigt sich verärgert, wie Neonazis in der Region Bad Reichenhall agieren können ohne auf Widerstand zu stoßen. Anna Jade, Pressesprecherin des Bündnisses betont deshalb, dass die antifaschistische Demonstration am 21. Mai in Bad Reichenhall sich nicht nur gegen rechte Traditionspflege und den militaristischen, nationalistischen deutschen Normalzustand richte. Explizit sollen auch die aktuellen neonazistischen Aktivitäten im Raum Bad Reichenhall thematisiert werden. „Wegschauen und Verschweigen hilft nicht weiter, Neonazis und rechtes Gedankengut müssen aktiv bekämpft werden" so Jade wörtlich.

Die Auftaktkundgebung zur Demonstration am Sa 21.5.2011, startet um 14:00 Uhr am Bahnhof Kirchberg. Weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.badreichenhall.org

Pressemitteilung BRH 2011-3 vom 8.5.2011), Infogruppe Rosenheim ■

Betont islamfeindlicher Wahlkampf der NPD in Bremen

Im Zentrum der Aktivitäten der NPD - Die Volksunion stehen gegenwärtig die Anstrengungen für einen möglichen Einzug in die Bremer Bürgerschaft und die Bremer Kommunalvertretungen bei den Wahlen am 22. Mai. Dazu werden personelle, materielle und mediale Kräfte mobilisiert. Die Spitzenkandidaten Matthias Faust und Jens Pühse erscheinen laufend im Internet. Da die Bremer Neonazis selbst personell schwach aufgestellt sind (bei der Fusion sollen es 40 NPD-Mitglieder und 60 DVU-Anhänger gewesen sein), erfuhren sie Unterstützung aus anderen Landesverbänden. Mit einer Spendensammlung versucht man auch die knappen Finanzmittel aufzubessern.

In ihrem 20-seitigen Wahlprogramm gibt sich die NPD einerseits sozial und bürgerfreundlich (Vollbeschäftigung herstellen, Wiedereinführung der D-Mark, Keine Zusammenlegung des Landes mit Niedersachsen), andererseits zugespitzt hetzerisch ausländerfeindlich. Insbesondere versucht sie auch mit Hilfe von Plakaten und Flugblättern Gewinn aus einem betont islamfeindlichen Wahlkampf zu ziehen. Zentrale Losung ist deshalb „Multikulti-Wahn beenden! Bremen bleibt in deutschen Händen!" Entsprechend beginnt das Programm auch mit dem Abstammungsrecht und deklariert „Deutscher kann nur sein, wer deutscher Abstammung ist. Daran schließt sich eine Kette von Forderungen wie nach ‚ersatzloser Streichung des einklagbaren Asylrechts', nach sofortiger „Ausgliederung der in Deutschland lebenden Ausländer aus dem deutschen Sozial- und Rentensystem", nach dem Verbot des Erwerbs von Grund und Boden durch Ausländer, nach automatischer Ausweisung straffällig gewordener Ausländer („Ist der Ali kriminell, in die Heimat aber schnell!"), nach Verweigerung von Baugenehmigungen für fremdartigen Bauten wie Moscheen.

Populistisch versucht die Partei auf die Bildungsdebatte in der Hansestadt aufzuspringen, die auf den schlechten Platz bei dem PISA-Vergleich zurückgeht. („Bildung wie in Finnland: PISA Platz 1 – Ausländeranteil: 2 %"). Die NPD schlägt dazu vor, den Rückwärtsgang einzulegen: die Wiederherstellung des dreigliedrigen Schulsystems, die Trennung von deutschen und ausländischen Kindern beim Schulunterricht (Nationalitätenschulen für Ausländer), die „Entkriminalisierung" der deutschen Geschichte, die Entwicklung „preußischer Tugenden". Zwei Drittel der Bremer Heranwachsenden sollten in Handwerker- und ähnlichen Berufen ausgebildet werden. Bevölkerungspolitisch sollen Kinder- und Erziehungsgeld nur an deutsche Familien ausgezahlt, die Abtreibung verboten werden.

Zur „Lösung" des großen Schuldenproblems der Hansestadt (18,8 Milliarden Euro) will die NPD mit den Forderungen nach Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz, nach Einstellung der Finanzierung staatlicher Programme gegen Rechts und nach Streichung der Integrationsprogramme für Ausländer beitragen.

Zum zentralen Event im Wahlkampf sollte ein vollmundig angekündigter deutschlandweiter „Sozialkongress" der

NPD unter dem Motto „Soziale Sicherheit gegen Raubtierkapitalismus“ am 1. Mai werden. Er wurde dann auf den 30. April vorgezogen und erreichte selbst in den eigenen Reihen nur dürftiges Interesse. Für 250 Teilnehmer (angekündigt waren 1000) brachten sich für kurze Zeit Parteichef Udo Voigt, Wahlkandidat Faust und der sächsische Fraktionschef der NPD Apfel in Stellung. Gegen die anschließende Demonstration in der Bremer Neustadt protestierte eine Gegendemo von 6000 Bürgern. (siehe AN 9-2011)

Eine Woche zuvor, am 23.4. war eine „heimliche“ Aktion der NPD gegen die geplante Fatih-Moschee der- Salafisten in Bremerhaven (Fatih = in der deutschen Übersetzung „Eroberer“-Moschee) ebenfalls kläglich auseinander gegangen. Gegen die Hetze von Matthias Faust vor kaum 20 Anhängern protestierten 200 Gegendemonstrant(inn)en.

Newsletter DIE LINKE BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus, Antifa aktuell 5/2011, ag@rex-die-linke.de ■

Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern werden vorbereitet

In Mecklenburg-Vorpommern ordnen die Neonazis jetzt alles ihrem Ziel unter, nach dem 4. September erneut in den Landtag einzuziehen. Die Kandidatenliste wurde bereits im Vorjahr beschlossen. Bei der Vorstellung des aktuellen Verfassungsschutzberichtes verwies Innenminister Cafier vor allem auf die besondere Affinität der NPD zum Nationalsozialismus und auf eine völkische „Graswurzelstrategie“ durch schleichende Infiltration, um auf Akzeptanz in der Bevölkerung zu stoßen und als Wahlalternative zu erscheinen. Die Abgeordneten (6 im Landtag und 62 Sitze in Kommunalparlamenten) geben sich den Schein von „Kümmerern“. sechs Bürgerbüros dienen auch der Logistik für Schulungen und Veranstaltungen. Wiederholt richtete die NPD Kinderfeste aus und demonstrierte gegen so genannte „Kinderschänder“. Zur regen neonazistischen Musikszene gehören 10 aktive Bands. Es gab 24 registrierte Konzerte, Partys und Liederabende.

Konstatiert wird die Wandlung der Kameradschafts-Szene zu meist loseren Gruppenzusammenschlüssen, die es in allen Landesteilen gibt.

Antifa aktuell 5/2011, ag@rex-die-linke.de ■

Vom Regen in die Traufe?

Paris. Ein paar tausend junge Tunesier flohen aus dem Polizeistaat, den der tunesische Ex-Präsident Zine el-Abidine BEN ALI (1987 - 2011) auf- und ausgebaut hat, sobald mit den – unvollendeten – politischen Umbrüchen zu Anfang des Jahres die erste Öffnung da war. Ähnlich wie viele DDR-Bürger/innen nach der Maueröffnung im November 1989, wollten sie erst einmal von ihrer neu gewonnenen Reisefreiheit Gebrauch machen. Unter Präsident Ben Ali konnte man im Gefängnis landen, sofern man über ‚illegale Ausreise’ auch nur diskutierte und dies in falsche Ohren geriet oder gar eine ‚illegale Ausreise’ zu organisieren versuchte. Wie andere Diktaturen in Nordafrika auch, spielte – und spielt nach wie vor, trotz Flucht des früheren Präsidenten – der tunesische Polizeistaat den Gendarmen für die Europäische Union gegen dort unerwünschte Zuwanderung. Doch für viele unter ihnen endete der Auswanderungsversuch (den viele von ihnen als vorläufig betrachteten) an der italienisch-französischen Grenze. Andere übernachteten mitten in Paris, völlig mittellos, unter freiem Himmel. Dritte landeten soeben im französischen Polizeigewahrsam und folglich in Abschiebehaft. Bernhard Schmid berichtet aus Paris.

„Du! Ab nach hinten!“ schreit mich ein behelmter Beamter der Bereitschaftspolizei CRS an und schwingt drohend vor mir mit dem Knüppel. Im Eingangsbereich eines Hauses, das – nachdem es von als „illegal“ dargestellten Einwanderer besetzt war – soeben von 200 bis 300 CRS-Beamten gestürmt wird, steht es sich nicht besonders gut. Auch riecht es nach Tränengas. Mit dröhnendem Lärm schlagen die Bereitschaftspolizisten mit den Knüppeln auf ihre Schilder und jagen die Treppen zu den zwei oberen Etagen hoch.

Zusammen mit mehreren Dutzend Personen werde ich in einen engen Gang im hinteren Teil des Erdgeschosses gedrückt. Es wird auf Französisch und, vor allem, in tunesischem Arabisch diskutiert. Bei einigen der Anwesenden kommt Panik auf, ein junger Tunesier hält sich mit schmerzverzerrtem Gesicht den Hinterkopf, er hat einen Knüppelhieb abbekommen. Auf einmal kommen Polizisten auch von der anderen Seite des Ganges durch eine Hintertür, die bislang verschlossen geblieben war. Eine Hintertreppe führt dorthin. Die mehrheitlich aus Tunesiern bestehende Gruppe versucht sich zu beruhigen. Ein paar junge Leute rufen auf Arabisch „Gott ist größer“. Andere stimmen den Refrain der tunesischen Nationalhyme, Humat al-Hima, an: „Namutu, namutu wa nah-ya ala adhiha“. Also, „wir leben und sterben für diesen Eid.“

Ein älterer Beamter, der offenbar den Einsatzleiter gibt, fordert uns alle auf, keinen Widerstand zu leisten, „dann verläuft auch alles gut“. Wir sollten uns „nicht unnötig verletzen“. Er versucht, eher beruhigend zu wirken, aber einige seiner Leute wirken hochgradig nervös. Einer beruft sich darauf, zwei Tage zuvor sei am selben Ort eine Bierdose von jungen Anarchisten auf ihn geworfen worden. Einzelne, die auf den beiden Toiletten am Gang Wasser trinken oder ihr Geschäft verrichten, werden herausgezerrt. Eine dritte Toilette ist verschlossen. Unter hohem Gewalteinsatz, und nach mehreren vergeblichen Versuchen, brechen die Polizisten die Tür in Stücke. Es stellt sich heraus, dass die Toilette entgegen ihren Vermutungen unbesetzt war und sich niemand eingeschlossen hatte. Ein CRS-Polizist fragt einen französischen Aktivisten: „Was ist ihre Rolle bei den Tunesiern? Linker Aktivist, was?“ Als der Angesprochene nicht antwortet, bekommt er zu hören: „Die werden schon reden, wir behalten sie über Nacht.“

Dann werden wir durchgezählt und in einer Linie im Gang aufgestellt. Der vordere Raum hat sich inzwischen geleert, die Menschen vor uns wurden offenbar schon abtransportiert. Draußen stehen mehrere Polizeibusse abfahrbereit. Einem nach dem anderen werden uns die Hände auf den Rücken gelegt und weiße Plastikfesseln angelegt. Die Rucksäcke werden geleert und persönliche Gegenstände, etwa meine Wasserflasche und die Zeitungen vom Tage, landen in einem Müllsack. Dann geht es in den Polizeibus. Wir sind die letzte Gruppe. Insgesamt, so erfahre ich später, sind wir 138 Personen. Alle Festgenommenen werden auf vier Polizeiwachen im 11., 18., 19. und 20. Bezirk verteilt.

Meine Gruppe kommt eine halbe Stunden später im Untergeschoss der Hauptwache des 18. Bezirks an und wir werden in der Garageneinfahrt in einer Linie aufgestellt. Dort ist man offenkundig gar nicht vorbereitet. Der Empfang ist wesentlich ziviler als bei der prügelnden Truppe von vorher. Wir sind etwa 35 Personen, die Hände immer noch auf dem Rücken gefesselt. Eine offenbar karibikfranzösische Polizistin sagt zu ihrem Kollegen: „Sag’ mir, dass wir in einem Film sind!“ Die Umgangsformen werden eingehalten, „bonjour“ und „bitte“. Dann werden wir vorübergehend in Zellen gesteckt. Mein unfreiwilliger Nachbar ist ein Rentner, der der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT angehört. Später kommen noch einige jüngere Autonome zu uns. An uns wird eine Personalienfeststellung vorgenommen, und wir werden gefragt: „Was wollten Sie in dem (besetzten) Haus?“ Wir werden belehrt, dass

wir der „Beihilfe zu illegalem Aufenthalt“ sowie „zur Sachbeschädigung“ – durch widerrechtliches Aufbrechen einer Eingangstür – beschuldigt werden. Wer seine Identität angibt oder bei wem sie aus einem mitgeführten Dokument entnommen werden kann, wird nach etwa zwei Stunden aus dem Polizeigewahrsam entlassen. So auch ich. Lediglich ein junger Franzose, der sich hartnäckig weigert, seine persönlichen Angaben herauszurücken, wird über 30 Stunden dort bleiben. Anders dagegen ergeht es den etwa 30 Tunesiern, die bei uns waren. Sie werden am folgenden Tag auf andere Polizeikommissariate verteilt und im Anschluss in Abschiebehaftanstalten gebracht.

Dort werden sie die vom Gesetz derzeit erlaubten, maximal 32 Tage – ein neues Gesetz wird diese Höchstdauer in Bälde auf 45 Tage anheben – verbleiben. Eine linke tunesische Aktivistin meint jedoch, jene unter ihnen, die keinen Pass bei sich hätten, würden einer Abschiebung dennoch vermutlich entgehen. Aufgrund der politischen Umwälzungen in Tunesien sei die Lage in den Konsulaten, wo viele Parteigänger des früheren Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali entlassen oder ausgetauscht werden mussten, derzeit reichlich unübersichtlich. Voraussichtlich würden deswegen den französischen Behörden die „diplomatischen Passierscheine“ nicht rechtzeitig ausgestellt, welche sie benötigen, um eine Person ohne gültigen Pass dennoch in ein bestimmtes Land abschieben zu können.

Mehrere hundert Tunesier waren seit der vorletzten Woche in Paris eingetroffen. Insgesamt sind seit den jüngsten Umbrüchen in Nordafrika rund 25.000 ihrer Landsleute nach Italien gekommen, weil der erhebliche polizeiliche Verfolgungsdruck, der zuvor auf „illegalen Auswanderungskandidaten“ lastete – der Versuch zu außergesetzlicher Migration konnte unter Ben Ali im Gefängnis enden – nach der Revolution zeitweilig nachgelassen hatte. Insgesamt 3.500 von ihnen sollen nach Frankreich gelangt sein. Ein Teil von ihnen mit dem sechsmonatigen Schengen-Aufenthaltstitel, die die Berlusconi-Regierung ihnen in Italien ausstellte, andere auf verschiedenen Wegen. Im Grenzgebiet zwischen Nizza und Ventimiglio sitzen gleichzeitig mehrere hundert Tunesier fest, weil Frankreich die Freizügigkeit an den Binnengrenzen innerhalb der EU – die durch Schengen-Abkommen theoretisch gewährt wird – vorübergehend ausgesetzt hat. 100 junge Tunesier sind seit vorletzter Woche deswegen in Ventimiglio im Hungerstreik.

Zwischen 200 und 500 tunesische Neuzuwanderer versammelten sich seit der letzten Aprilwoche im Parc de la Villette, dem futuristisch gestalteten Ausflug- und Ausstellungspark im Pariser Nordosten. Viele von ihnen schliefen dort unter freiem Himmel oder wachten, weil sie aus Angst vor der Polizei nicht schlafen konnten und froren. Spontan organisierte sich die Solidarität, von manchen Anwohnern, auch von vielen tunesischen Einwandererfamilien aus den an den Park angrenzenden Städten Paris und Pantin. Die Wohltätigkeitsvereinigung „Eine Chorba für alle“ – Chorba ist ein nordafrikanisches Suppengericht – brachte Essen vorbei, tunesische Familien veranstalteten am letzten Aprilwochenende ein Riesen-Couscousessen.

Flüchtlingsboot vor Lampedusa

Doch die Situation der Migranten blieb sehr prekär. An einem der letzten Abende verhaftete die Polizei während der Armenspeisung durch „Eine Chorba für alle“ 80 von ihnen auf einen Fleck. Gnädigerweise ließen die Beamten, nachdem sie gezielt während der Essensausgabe aufgetaucht waren, die Leute ihren Teller noch auslöffeln, wie in den Medien extra betont wurde. Die Haftprüfungsrichter, denen die Tunesier an den folgenden Tagen vorgeführt wurden, um ihre Überstellung in Abschiebehaft zu prüfen, fanden die Bedingungen der Massenfestnahme allerdings sehr wenig grundrechtskonform. Sie sorgten dafür, dass alle festgenommenen Tunesier wieder freigelassen wurden.

Unter ähnlichen Umständen wurden auch in Marseille rund 100 Personen auf einmal festgenommen, aber am übernächsten Tag durch die Richter sämtlich

weiter Seite 10

Entschlossen gegen den NPD-Landesparteitag am 22. Mai 2011 in Northeim!

NIEDERSACHSEN. Am 22. Mai 2011 will der niedersächsische Landesverband der NPD in Northeim seinen diesjährigen Parteitag abhalten. Trotz der Versuche der Stadt Northeim dies auf juristischem Wege zu verhindern, hat das Oberverwaltungsgericht Lüneburg am 15. April 2011 die Veranstaltung der Neonazis erlaubt. Das Northeimer Bündnis gegen Rechts hat für den 22. Mai eine Demonstration gegen den geplanten NPD-Parteitag angemeldet. Auch das Göttinger Bündnis gegen Rechts, dessen Mitglieder von Parteien über Gewerkschaften, kirchliche Gruppen, Vereine und Einzelpersonen bis zu autonomen Antifagruppen reichen, hat getagt und beschlossen, das Northeimer Bündnis zu unterstützen.

Northeims Bürgermeister Harald Kühle hat Beschwerde gegen das Urteil des OVG beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. In einem Interview sagte er, er „möchte ihnen jedes Hindernis in den Weg legen“, um den Parteitag zu verhindern. Zur Zeit sieht er sich infolge seines Engagements mit Drohungen und einer Strafanzeige konfrontiert. Seitens der Polizei wurden mehrere Hundertschaften angefordert. Das Gelände um die Stadthalle soll abgeriegelt werden, um einen sichtbaren Protest vor Ort zu unterbinden. Die Erfolge antifaschistischer Mobilisierungen der letzten Jahre haben jedoch gezeigt: man muss kein Bundestagsvizepräsident sein, um Neonaziveranstaltungen erfolgreich zu blockieren. Die Sprecherin der >A.L.I.< forderte alle Antifaschistinnen und Antifaschisten dazu auf, sich an dem Protest gegen die NPD zu beteiligen.

Antifaschistische Linke International >A.L.I.<, www.ali.antifa.de | www.inventati.org/ali ■

Internationale Konferenz zum Aufstieg der Extremen Rechten geplant

Kiew. Nach vielen Gesprächen mit AktivistInnen der sozialen Bewegungen, VertreterInnen von Organisationen der Opfer von Tschernobyl, der Gewerkschaften und linker Organisationen in Kiew, wurde vereinbart: Im Oktober wird eine internationale Konferenz unter dem Titel „Alternativen zum Aufstieg der Extremen Rechten in Zeiten der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krise“ organisiert. Die Konferenz wird zwei Tage (am Wochenende) dauern und auch einen öffentlichen Akt beinhalten, um politisch sichtbar zu werden – sehr wahrscheinlich eine Demonstration im Zentrum von Kiew. Die Konferenz wird im Rahmen des Prozesses des Europäischen Sozialforum organisiert werden. Ein offenes Vorbereitungskomitee wird in den nächsten Tagen in Kiew gegründet werden.

Mirek Prokes, Hermann Dworczak ■

wieder auf freien Fuß gesetzt. Es genügte, dass die Tunesier ihnen erklärten, dass sie die Rechtsmittelbelehrung auf Französisch – das tatsächlich wenige unter den Neuabkömmlingen sprechen – nicht verstanden, und auch nicht jene auf Schriftarabisch, weil sie nur Dialektarabisch verstünden. Zwar beherrschen alle Tunesier Schriftarabisch, sofern sie nur eine Schule besucht haben, aber da die Richter ohnehin kein Arabisch lesen können, drückten sie beide Augen zu. Die Massenfestnahmen, die oft gezielt nach Aussehen vorgenommen wurden, schockierten vom Prinzip her viele unter den Juristen.

Unterdessen spielen Frankreich, Belgien und Italien miteinander „Ping-pong" mit den Migranten, wie diese es ausdrücken, hinzufügend, dass sie genug davon hätten, „als Spielball zwischen den Staaten zu dienen".

Am Donnerstag, den 12.5.11 einigten die Regierungen sich auf EU-Ebene darüber, die Wiedereinführung von nationalen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums zu „erleichtern". Zuvor hatte Dänemark sich angeschickt, infolge einer Vereinbarung der konservativ-liberalen Regierung mit der rechtsextremen „Dänischen Volkspartei" (DFP, die das Regierungslager im Parlament toleriert und ihm Mehrheiten verschafft), systematische Kontrollen an den Grenzübergängen nach Deutschland und Schweden wieder einzuführen. Der gestrige „Kompromiss" sieht nun vor, „im Falle massiver Migrationsströme" die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen hinzunehmen, die freilich ansonsten die Ausnahme bleiben sollen. Länder wie Italien und Spanien hatten darauf gedrungen, dass solche zwischenstaatlichen Kontrollen zumindest theoretisch eine Ausnahme bleiben sollen, da sie ihrerseits daran interessiert sind, die über ihre Küsten eingereisten Migranten weiterreisen zu sehen...

Tunesier werden in den letzten Tagen und Wochen von Valenciennes in Nordostfrankreich nach Paris oder Marseille zurückgeschickt. Frankreich hat mehrere Hundert der Migranten nach Italien zurückgeschickt, was allerdings innerhalb von 3 Tagen durch die dortigen Behörden akzeptiert werden muss. Ansonsten hat der französische Staat die Position eingenommen, dass den Leuten schlicht keinerlei Hilfe zu gewähren sei, egal ob sie auf der Straße schlafen oder an Hunger leiden, und nicht einmal Notaufnahmen für Obdachlose ihnen helfen dürfen. Auf diese Weise würden sie sich schon fortekeln lassen, so denkt man offenkundig. Dies ist mindestens insofern absolut illegal, als sich auch einzelne Minderjährige unter den neu eingereisten Tunesiern befinden, die nach internationalen Regeln besonderen Schutz genießen müssten. Kritiker wie etwa die derzeit aktiv gewordenen Antirassismusgruppen meinen, die rechte Regierung fürchte sich offenkundig vor allem davor, dass die Tunesier einen „revolutionären Virus" mitbringen, und dass andere Leute sich an ihnen „anstecken" könnten.

Durch den harten staatlichen „Empfang" hat sich jedoch erst recht Solidarität rund um die Tunesier gebildet, und selbige hat sich politisiert. Mehrere hundert junge Tunesier nahmen, gekennzeichnet durch Fahnen ihres Landes, in einem eigenen Block zwischen internationalistischen und antirassistischen Gruppen an der diesjährigen 1. Mai-Demonstrationen teil. Am Abend des 1. Mai besetzten sie dann, unterstützt durch Autonome und Antirassisten, ein leer stehendes öffentliches Gebäude an der Avenue Simon Bolivar im 19. Pariser Bezirk. Eben jenes der Stadt Paris gehörende mehrstöckige Haus, das drei Tage später mit polizeilicher Brutalität geräumt wurde.

Ein ambivalentes Rollenspiel übt dabei die Pariser Stadtverwaltung. Bertrand Delanoë, Pariser Bürgermeister einer rosa-rot-grünen Rathausmehrheit, erklärte den Umgang des Staates mit den Tunesiern für „skandalös". Demonstrativ gab das Rathaus sogar bekannt, 100.000 Euro locker gemacht zu haben, allerdings überwiegend nicht in Bargeld, sondern an Sachmitteln. Dazu zählten eine städtische Subvention an die Vereinigung „Eine Chorba für uns", um bei der Versorgung der Neuzuwanderer zu helfen, sowie die Bereitstellung von Übernachtungsplätzen in für Notfallsituationen bereit stehenden Heimen oder möblierten Hotels. (Am 12. Mai wurde dann bekanntgegeben, dass die Summe verdreifacht – also auf insgesamt 300.000 Euro angehoben – wird.)

Neben der Tatsache, dass im linkeren Teil der Bevölkerung die Solidarität mit den Leuten aus dem „Revolutionsland" Tunesien durchaus populär sein mag, möchte Delanoë sicherlich auch dafür sorgen, dass er auch in Zukunft noch einen Fuß nach Tunesien setzen kann. Der Sozialdemokrat ist in dem Land geboren, das damals unter französischem Protektorat stand, und reiste oft dort hin. Er muss aber heute seine frühere Kritiklosigkeit gegenüber dem Regime Ben Alis – die er mit dem überwiegenden Teil der etablierten französischen Politik teilte – vergessen machen. Auf juristischer Ebene beruft das Pariser Rathaus sich auf das Argument, dass Frankreich derzeit ja sogar „zu wenig" Tunesier aufweise, gemessen an dem, was das französisch-tunesische Anwerbeabkommen von 2008 vorsieht. Damals einigten die französische Regierung und das tunesische Regime unter Ex-Präsident Ben Ali sich darauf, jährlich 9.000 Tunesier für spezielle Berufe – in denen auf französischem Boden Arbeitskräftemangel herrscht – anzuwerben. (Die Kehrseite der Medaille war, wie bei solchen Abkommen üblich, dass das tunesische Regime sich verpflichtete, „im Gegenzug" die in Frankreich unerwünschten Zuwanderer wieder aufzunehmen.) Statt 9.000 pro Jahr wurden bislang jedoch nur ihrer 2.000 angeworben. Das Pariser Rathaus schlägt deswegen vor, („wo möglich") den jüngst „auf eigene Faust" – über Lampedusa oder sonst wie – eingereisten Tunesiern unter Nutzung dieses Abkommens ihren Aufenthalt zu legalisieren. Nicht dumm, und dennoch restriktiv, da die Kontingentierung von Migration (nach den Bedürfnissen Frankreichs) von vornherein mit ins Konzept einfloss.

Gleichzeitig möchte das Pariser Rathaus aber auch die Situation unter seiner eigenen Kontrolle behalten. So bot es den Tunesiern von der Avenue Bolivar zwar insgesamt 150 kurzfristige Übernachtungsplätze an, insisierte aber gleichzeitig darauf, dass sie das Bauwerk – vorgeblich aus Hygienegründen – unbedingt sofort räumen müssten. Die Tunesier, die ein Transparent unter der Aufschrift „Weder Polizei noch Almosen!" an dem Haus angebracht hatten, lehnten jedoch ab, da nichts ihnen garantierte, dass sie nach wenigen Übernachtungen nicht wieder mit Nichts dastünden. Es war dann das Pariser Rathaus, das die Bereitschaftspolizei anforderte und die Räumung durchführen ließ. Dazu bekannte es sich dann auch in einem Pressekommuniqué.

Seit Anfang der Woche sind die Tunesier wieder in einem Saal, den sie am Wochenende gemeinsam besetzten, einer Turnhalle im 20. Bezirk. Doch erneut droht ihnen binnen kurzem eine polizeiliche Räumung.

Doch wie sehen sie ihre Zukunft? Iskander, 23, aus dem südtunesischen Bengardanne meint: „In Südtunesien gibt es gar nichts für uns, es gibt keine Arbeit und keine Perspektiven, und jetzt sind auch noch der Krieg an der Grenze und viele Flüchtlinge aus Libyen da. Bei uns werden sie aufgenommen, die Flüchtlinge, anders als in Frankreich! Für mich habe ich das Kapitel Tunesien abgeschlossen: Mit 23 Jahren habe ich beschlossen, ein Leben woanders zu führen." Man habe doch, auf der Überfahrt nach Lampedusa in wackeligen Booten, sein Leben dafür riskiert. Andere hingegen meinen, sie würden sich gern nach der „Hilfe für freiwillige Rückkehrer" vom französischen Staat erkundigen: „Wir haben uns ein Leben fast wie im Paradies, im ‚Land der Menschenrechte' vorgestellt. Aber was wir vorfinden, hat nichts mit dieser Vorstellung zu tun." Ein dritter meint, er würde darüber nachdenken, vielleicht zurückkehren. Aber falls er dazu gezwungen sei, „dann werde ich die französischen Touristen mit anderen Augen sehen, die zu uns kommen und bislang immer willkommen waren."

Bernhard Schmid, Paris ■

Schengen: Nicht die Nordafrikaner sind das Problem

BRÜSSEL. Das Europäische Parlament debattierte am 10. Mai über Migrationsströme und ihre möglichen Auswirkungen auf den Schengenvertrag. Frankreich und Italien hatten gefordert ein Verfahren einzuführen, das den Mitgliedsstaaten erlaubt, nationale Grenzkontrollen einzuführen, wenn ein Mitgliedsstaat seine Grenzen nicht mehr kontrollieren kann oder wenn es Massenmigration gibt. In der Debatte erklärte Daniel Cohn-Bendit, Ko-Vorsitzender der Fraktion Die Grünen/EFA:

„25.000 Tunesier erreichen europäischen Boden und man erzählt uns von Unsicherheit, aber um welche Unsicherheit handelt es sich? Erinnern wir uns, dass während des Bosnienkrieges die EU temporäre Visa ausgestellt hat, um die Menschen zu empfangen, solange der Krieg währte. Allein Deutschland hat in Folge mehrere Hunderttausend Flüchtlinge aufgenommen und das Land existiert noch immer und ist nicht zusammengebrochen. Dieses Lamentieren, das Boot würde bei einem massiven Flüchtlingsansturm kentern, ist nichts als Propaganda. Ebenso wie die Mär, dass Kriminelle über Lampedusa einreisen könnten... Kriminelle brauchen nicht den Umweg über Lampedusa zu nehmen, sie überschreiten die EU-Grenzen ganz normal und fallen dabei nicht einmal auf.

Die EU muss nun die Initiative ergreifen und auf eine Erteilung temporärer Aufenthaltsgenehmigungen und eine solidarische Aufteilung der Flüchtlinge in der ganzen EU drängen. Man erzählt uns immer wieder, dass die Flüchtlinge aus Nordafrika ein Problem sind, aber das wahre Problem sind die Europäer und ihrer Unfähigkeit, solidarisch zu handeln. Wenn man dem Druck der Populisten nachgibt, haben wir bald Gesichtskontrollen an unseren Grenzen - dunkelhäutige Menschen werden kontrolliert, weiße dürfen passieren – so schaffen wir ein Europa à la carte."

Die grüne Europaabgeordnete Ska Keller, Mitglied im Innenausschuss, erklärte:

„Ich finde es sehr unglaubwürdig, dass Barroso heute im Europäischen Parlament behauptet hat, Schengen stärken zu wollen, obwohl er sich auf die Forderungen Barrosos und Sarkozys eingelassen hat. Jetzt wird er die Geister, die er rief nicht mehr los. Das einzige, was die Glaubwürdigkeit von Barroso jetzt noch retten kann, sind konkrete Vorschläge zum Schengenraum, die regeln, wie die Ausnahmen reduziert werden. Wenn er den Flüchtlingen und nicht den Populisten in Europa helfen will, sollte er andere Möglichkeiten ergreifen, wie sich zum Beispiel für die Anwendung der Richtlinie zum temporären Schutz stark zu machen."

Pressemitteilung Ska Keller, MdEP - Straßburg, 10. Mai 2011 ■

Abschiebungen im Jahr 2010

BERLIN. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Ulla Jelpke u.a. (DIE LINKE – Anfrage 17/5460) an die Bundesregierung zu Abschiebungen im Jahr 2010 teilt die Bundesregierung mit:

Im Jahr 2010 wurden 7558 Menschen aus Deutschland abgeschoben, davon allein 564 in die Türkei, 523 in den Kosovo und 501 nach Serbien. Wie im vergangenen Jahr wurden allerdings deutlich mehr Menschen an den Grenzen zurückgewiesen (3559) oder zurückgeschoben (8413) als abgeschoben, sie konnten also gar nicht erst einreisen oder wurden nach kurzem Aufenthalt in ihr Herkunftsland zurückgeschoben. 2847 Menschen wurden auf Grundlage der Dublin II-Verordnung in andere EU-Staaten überstellt, weil diese für ihr Asylverfahren zuständig waren. (1)

In einer Meldung aus „junge Welt" wird berichtet, dass zwar die Zahl der Abschiebungen zurückgegangen ist, dass dies aber darin begründet ist, dass immer weniger Flüchtlinge überhaupt die Grenze zu Deutschland erreichen. Nach wie vor ist der Flughafen Frankfurt Hauptknotenpunkt für Abschiebungen auf dem Luftweg, gefolgt von den Flughäfen Düsseldorf und München. Weiter schreibt die junge Welt: „In 2479 Fällen wurden die Betroffenen im Flugzeug von Sicherheitskräften begleitet, dadurch fielen für den Bund Kosten von fünf Millionen Euro an. 99 Personen widersetzten sich ihrer Deportation per Flugzeug erfolgreich durch Widerstandshandlungen, im Vorjahr waren es noch 164. In 58 Fällen konnte die Abschiebung per Flug aus medizinischen Gründen nicht durchgeführt werden, und in 52 Fällen verweigerten der Pilot oder die Fluggesellschaft die Beförderung." (2) *bee* ■

Quelle: www.ulla-jelpke.de/news (1), junge Welt (2)

Die Abschiebungen beginnen wieder – aber auch die Proteste dagegen

NRW. Bis zum 31. März verzichtete die neue rot-grüne Landesregierung wegen des Winters auf Abschiebungen von Roma aus NRW in den Kosovo. Im April wurde die unmenschliche Abschiebepraxis wieder aufgenommen, obwohl bekannt ist, dass fast keine der betroffenen Familien im Kosovo eine Unterkunft hat. Arbeit zu finden ist aussichtslos, wo schon über 50 % der albanischen Einwohner ohne Job sind. Zur medizinischen Versorgung haben Roma nur selten Zugang. Soziale Unterstützung wird verweigert – lediglich diejenigen die angesichts der drohenden Abschiebung der „freiwilligen" Rückkehr zustimmen, erhalten Übergangshilfen. Einige können vielleicht bei (ebenso armen) Verwandten eine Zeit lang unterschlüpfen. Für alle ist es eine Rückkehr ins absolute Elend, in Krankheit und für manche, wie jüngst für eine herzkranke Frau aus Rheinland Pfalz, in den Tod: sie hatte kein Geld für die notwendigen Medikamente. Da hilft es auch nichts mehr, wenn das Ministerium die Ausländerbehörde hinterher rügt. Besonders bitter: viele der Kinder waren in Deutschland in der Schule, teilweise mit Abschluss, sprechen im Grunde nur deutsch und wurden aus gewachsenen Freundschaften herausgerissen.

Auch Kinder, die in „Amaro Kher", einem Schulprojekt für Roma-Flüchtlingskinder in Köln, unterrichtet werden, sind jetzt von Abschiebung betroffen. Einige von ihnen sind Mitglieder in unserem Chor „Bachtale Chave" und haben als begabte Sänger/innen bereits umjubelte Auftritte hinter sich.

Am 12. April wurden wieder zahlreiche Roma in Düsseldorf zum Flieger gebracht. Die Busse der jeweiligen Ausländerämter, deren Scheiben abgedeckt waren, wurden von etwa hundert Demonstranten erwartet. Sie protestierten vor dem Gate lautstark und mit vielen Transparenten. Auch der Rom e.V. beteiligte sich an der Protestdemonstration. Iris Biesewinkel erklärte im Namen des Vereins, dass diese Abschiebungen auch deswegen besonders verwerflich seien, weil sie die Kinder und Enkel der Roma wären, die in Serbien von der Nazi-Armee verfolgt, deportiert und umgebracht worden waren. *Kurt Holl* ■

in N e v i p e - Rundbrief des Rom e.V. Nr. 57, Köln, 10. Mai 2011

Diakonie-Direktor fordert Aufnahme von Flüchtlingen

NIEDERSACHSEN. Der hannoversche Diakonie-Direktor Christoph Künkel hat gefordert, Flüchtlinge aus Nordafrika in Deutschland aufzunehmen. Mehr als 23.000 Menschen seien derzeit auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa unter Verhältnissen untergebracht, „die nicht mehr menschenwürdig sind", sagte

Künkel am Donnerstag in Hannover.

Er warnte davor, Flüchtlingszahlen aus Nordafrika zu dramatisieren. Sie seien vergleichsweise gering. Insgesamt könnten die Bundesrepublik und auch Niedersachsen weit mehr Flüchtlinge aufnehmen, als dies zurzeit geschehe.

Wichtig sei zudem, nicht nur hoch qualifizierten Flüchtlingen eine Zukunftsperspektive zu bieten, sagte der Direktor des Diakonischen Werkes der größten evangelischen Landeskirche in Deutschland.

Künkel begrüßte, dass das Land Niedersachsen am Mittwoch Abschiebungen von Flüchtlingen nach Syrien wegen der Unruhen in dem Land vorübergehend gestoppt hat.

Der Diakonie-Direktor forderte wirtschaftliche und humanitäre Unterstützung für die Demokratie-Bewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten. In Europa würden diese Bewegungen begrüßt, deshalb müssten sich die EU ebenso wie Bund und Länder dort auch langfristig engagieren. „Unser Auftrag ist auch, das Leid von Menschen jenseits unserer Grenzen wahrzunehmen."

Der Lagerpastor des Grenzdurchgangslagers Friedland, Martin Steinberg, sagte, Niedersachsen sei mit Einrichtungen für Flüchtlinge gut ausgestattet. In Friedland bei Göttingen seien gute Erfahrungen gemacht worden, nachdem das Lager im Januar zur Erstaufnahme-Einrichtung für Flüchtlinge und Asylbewerber geworden sei. Es werde damit gerechnet, dass jährlich mehr als 3.000 Menschen das Lager mit zurzeit 350 Betten durchlaufen. Das Lager liege ohne Tore und Zäune mitten in der Ortschaft, und das Zusammenleben laufe bisher ohne Probleme.

Quelle: Pressemitteilung Diakonisches Werk der ev.-lutherischen Landeskirche Hannovers 5.5.2011 ■

Coburg und Schongau sind die „krassesten" Lager Bayerns

Der Bayerische Flüchtlingsrat veranstaltete am vergangenen Samstag in der Bayernkaserne in München in Zusammenarbeit mit den Münchner Kammerspielen eine Veranstaltung unter dem Motto: „BSDS – Bayern sucht das Superlager". Aus den sieben Regierungsbezirken Bayerns kämpften je ein Lager um den Titel des „krassesten" Lager Bayerns. Vorgestellt wurden die Lager von BewohnerInnen, die als ExpertInnen einen Einblick in ihre Wohnsituation geben konnten.

Die Jury, bestehend aus Bernhard Wunderlich (Rapper von der Band Blumentopf), Maria Peschek (Kabarettistin) und Ralf Hohmann (Radiowissenschaftler) konnten sich zwischen den beiden Flüchtlingslagern in Schongau (Oberbayern) und Coburg (Oberfranken) nicht entscheiden und kürten somit beide als Gewinner. Damit steht es nun fest: Coburg und Schongau sind die „krassesten" Lager Bayerns! Besucht wurde die Veranstaltung von etwa 120 Personen.

Das Flüchtlingslager in Coburg (Oberfranken) wurde im Rahmen der Schmutzigen-Donnerstags-Tour vom Bayerischen Flüchtlingsrat Ende letzten Jahres besucht. Die Zustände dort waren schockierend: Das komplette Lager war befallen von einer Kakerlakenplage und der bauliche Zustand der ehemaligen Fabrik durch Wasserschäden und Risse im Mauerwerk gekennzeichnet. Trotz der Lage in der Innenstadt, lebten die BewohnerInnen zum größten Teil isoliert und hatten außer einem Berater von der Caritas kaum AnsprechpartnerInnen vor Ort. Durch die Veröffentlichung der Zustände dort durch den Bayerischen Flüchtlingsrat hat die Regierung von Oberfranken mittlerweile einige Sanierungsarbeiten in die Wege geleitet und die Situation entschärft.

Das Flüchtlingslager in Schongau (Oberbayern) überzeugte die Jury anhand seiner isolierten Lage: Es liegt inmitten des Gewerbegebiets zwischen zwei Fabriken, die um 5 Uhr morgens den Betrieb aufnehmen, einem Tierheim, aus dem Tag und Nacht Hundegebäll ertönt und einem Waldstück, fernab von der Innenstadt in Schongau. Der ehemalige Bewohner Abdul Karim Kabbia, schilderte seine zwei Jahre Lagerleben als psychische Dauerbelastung. Angekommen als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling musste er sich für die Zeit seines Aufenthalts in Schongau ein ca. 12qm-großes Zimmer zusammen mit zwei anderen Minderjährigen teilen, in dem es lediglich ein Bett und eine Matratze gab. Für die ca. 60 BewohnerInnen ist es zudem unmöglich, gleichzeitig zwei Duschen zu benutzen, da der Warmwasserspeicher dafür nicht ausreicht.

Die Gewinner bekamen eine Urkunde als Auszeichnung. Wir werden diese in den nächsten Tagen an das Bayerische Sozialministerium weiterleiten.

Bayerischer Flüchtlingsrat ■

Selbstbefreiung der Flüchtlinge statt rassistischer Verfolgung in Deutschland

ZELLA-MEHLIS. Am Ostersonntag versammelten sich vor dem Isolationslager für Flüchtlinge in Zella-Mehlis Flüchtlingsgemeinschaften aus verschiedenen Bundesländern sowie Delegationen aus anderen Städten, um ihre Solidarität mit den dort zur Zeit wohnenden Flüchtlingen zu bekunden und sie in ihrem Kampf zu stärken.

Der Besuch und die Kundgebung in Zella-Mehlis bildeten den Abschluss der zweitägigen Flüchtlingskonferenz in Jena, zu der THE VOICE Refugee Forum unter dem Motto „Wir werden die Isolation aus den Lagern heraus brechen!" aufgerufen hatte. Mindestens 70 Flüchtlinge aus verschiedenen Teilen Deutschlands nahmen an dem sehr intensiven Treffen teil, um ihre Vision der Befreiung von ihren Unterdrückern zu entwickeln und den Kampf der Unterdrückten und den Widerstand in den Flüchtlingslagern zu vereinen.

Die Flüchtlinge diskutierten auch die Konferenz der Abolish!-Kampagne, die in Berlin stattfinden wird. Man kam überein, dass sich die Konferenz auf die Verknüpfung der Kämpfe der Unterdrückten konzentrieren solle, indem die aktiven Flüchtlingskämpfe zur Aufdeckung der tagtäglichen Verfolgung von Flüchtlingen gefördert werden.

Am Sonntag Mittag erreichten die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer zusammen mit anderen Delegationen und AktivistInnen aus anderen Bundesländern das Isolationslager in der Industriestr. 29 in Zella-Mehlis.

Bereits die Teilnahme an der Konferenz demonstrierte die Entschlossenheit und den Mut der Flüchtlingsgemeinschaften und -komitees aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Brandenburg, Niedersachen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sie hatten ihre Freiheit und ihre Würde erkämpft, indem sie die ihnen per Gesetz aufgezwungene Einschränkung der Bewegungsfreiheit, nämlich die Residenzpflicht, ignorierten. Sie kamen, um während der Konferenz gemeinsame Strategien zu entwickeln und vor allem am Ostersonntag gemeinsam mit den Flüchtlingen aus Zella-Mehlis zu sein und ihre Solidarität durch ihre Anwesenheit zu bekunden. *The VOICE Refugee Forum*
thevoiceforum@gmx.de
http://thevoiceforum.org ■

Über 100 Leute erteilten K&S eine Absage!

BERLIN. Die Initiative gegen das Chipkartensystem hat mehr als 100 Protestbriefe an die K&S – Unternehmensgruppe verschickt. Sie protestiert damit gegen die inhumanen Lebensbedingungen in den von K&S betriebenen Flüchtlingslagern und fordert das Unternehmen auf, sich aus dem Geschäft mit dem staatlichem Rassismus zurückzuziehen!

Die „Dr. Krantz Sozialbau und Betreuungs- GmbH" ist seit den 1980er Jahren im Geschäft mit dem Elend von Flüchtlingen aktiv und aktuell einer der größten Lagerbetreiber in der Bundesrepublik, mit einem jährlichen Umsatz von über 60

Millionen Euro. Die Flüchtlingslager der Unternehmensgruppe K&S zeichnen sich durch besonders unmenschliche Lebensbedingungen aus. In der Regel liegen die Unterkünfte isoliert in alten Kasernenkomplexen oder heruntergekommenen Bauten. Offensichtlich wird in den Unterkünften seit Jahrzehnten systematisch an der Sanierung der Gebäude gespart und ungeniert mit der Ausgrenzung von Flüchtlingen Profit gemacht. Das hier „erwirtschaftete" Geld wird in wesentlich anders ausgestattete Altersresidenzen investiert.

Gesetzliche Grundlage für diese institutionelle Diskriminierung von Flüchtlingen ist das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Hier ist festgeschrieben, dass Flüchtlinge in Lagern leben müssen und nur ca. 60 % des normalen ALG II Satzes bekommen, der in einigen Kommunen Brandenburgs immer noch in Sachleistungen ausgezahlt wird. Ein ausreichender Zugang zur Gesundheitsversorgung ist nicht gewährleistet. Nach einem einjährigen Arbeitsverbot gilt die Vorrangprüfung von deutschen Staatsbürgern und bevorrechtigten MigrantInnen – in Berlin und Brandenburg ein de facto Arbeitsverbot. Hinzu kommen Ausbildungsverbot, ein eingeschränkter Zugang zu den Unis und last but not least die Residenzpflicht als Einschränkung der Bewegungsfreiheit.

Aufgrund der herausragenden Stellung der K&S Unternehmensgruppe bei Profitmachen durch die staatlich verordnete Ausgrenzung gibt es, neben Widerstand der dort untergebrachten Menschen auch regelmäßig Proteste von MenschenrechtsaktivistInnen, Flüchtlingsräten und antirassistischen Gruppen. So haben am 22. März 2011 fast 200 AktivistInnen im Rahmen der Kampagne abolish! Diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen auf dem Berliner Heinrichplatz gegen Dr. Krantz & Co protestiert. Eine Ausstellung informierte über die Praktiken der Betreiber und die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern. Seitdem wanderte die Ausstellung zu einer Kundgebung des Grips-Theaters und ist nach den Abolish-Aktionstagen (9.-11 Juni in Berlin, siehe http://kampagne-abolish.info/) für einen Monat im Café Morgenrot zu sehen.

Seit Ende März konnten Protestbriefe gegen Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung unterzeichnet werden. Nun wurden alle Protestnoten an die Alterresidenzen der K&S Unternehmensgruppe verschickt. Über 100 Leute erteilen damit K&S eine Absage. In den Briefen heißt es, dass die UnterzeichnerInnen dort niemals pflegebedürftige Menschen unterbringen und es niemals akzeptieren werden, dass ein Unternehmen so skrupellos Gewinn aus der Ausgrenzung von Menschen zieht. Mit der Kampagne und den Protestschreiben sollen diese Geschäftsbereiche aus der Anonymität gezogen werden. Denn wer Flüchtlinge ausgrenzt, soll an Alten nicht reich werden!

Ein erster Erfolg zeigte sich bereits. K&S hat aufgrund der anhaltenden Proteste und der schlechten Presse den Betreibervertrag für das Lager in Waßmannsdorf / Brandenburg zum 30.9.2011 gekündigt. *mehr Infos: http://chipini.blogsport.de/* ■

Ein Erfolg der internationalen Solidarität: Leyla darf bleiben!

NÜRNBERG. Die 18-jährige Kurdin Leyla wird nicht abgeschoben, sondern erhält nach einem langen Kampf um ihr Bleiberecht endlich von der Stadt Nürnberg ein Aufenthaltsrecht. Nach einer Mitteilung des Solidaritätsbündnisses „Bleiberecht für Leyla" hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München im Eilverfahren eine Ausweisungsverfügung gegen die junge Kurdin eingestellt.

Mit menschenverachtenden Methoden und teilweise geradezu lächerlichen Begründungen hat die Stadt Nürnberg monatelang auf die Abschiebung gedrängt und zumindest in unteren Verwaltungsgerichtsinstanzen sogar noch Recht bekommen. Ohne die ausdauernde öffentliche Solidaritätsarbeit des oben angesprochenen Bündnisses wäre dieser Erfolg wohl auch kaum möglich gewesen.

„Beispiel gelungener Integration" titelte denn auch BR-online und betonte das öffentliche Aufsehen, für das der Fall gesorgt habe. Auch die Selbsthilfeorganisation „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" hob die zahlreichen Solidaritätskundgebungen wie auch die Eigenbemühungen der betroffenen jungen Frau hervor. So sei die 18-Jährige ein „gelungenes Beispiel der viel geforderten Integration". Die junge Kurdin spricht nach sechsjährigem Aufenthalt in Nürnberg perfekt Deutsch, hat einen Schulabschluss und eine Ausbildung als Arzthelferin begonnen. Diese hat sie allerdings abbrechen müssen, da ihr der Arbeitgeber nach einem Anruf der Ausländerbehörde gekündigt hatte. Derzeit absolviert sie ein „Freiwilliges Soziales Jahr".

Grundlage der Abschiebebemühungen der Stadt Nürnberg, immerhin Mitglied der „Allianz gegen Rechtsextremismus in Bayern" und selbsternannte „Stadt der Menschenrechte" waren genehmigte kurdische Demonstrationen, an denen Leyla teilgenommen hatte. In den Augen der Nürnberger Ausländerbehörde wie auch der Stadtratsmehrheit war sie damit zu einer „Gefahr für die Sicherheit Deutschlands" geworden, so die hanebüchene Abschiebungsbegründung.

„Verfehlungen" wegen Teilnahmen an Demonstrationen und Newrozfesten wurden ihr vorgehalten. Beispiele wurden an-

geführt, aus denen hervorgeht, dass auch schon eine 14-Jährige hierzulande darauf achten muss, welche Meinung sie wo und wann kundtut, denn so etwas wird „aktenkundig" und führte bei Leyla, die zu ihrer kurdischen Herkunft steht, zum Ausweisungsbeschluss bei Volljährigkeit. Einsprüche wurden vom Verwaltungsgericht Ansbach abgewiesen. Da heißt es, Leyla möge zwar keine „konkrete", aber doch eine „abstrakte" Gefahr für die BRD darstellen.

Kurdinnen und Kurden hatten vor 20 - 30 Jahren immerhin einmal Autobahnen blockiert und haben seither den Ruf, eine „konkrete", wenn nicht „terroristische" Gefahr für den Straßenverkehr darzustellen. Leyla war damals noch nicht geboren, aber sie bekennt sich als Kurdin. Also sei sie eine „abstrakte Gefahr". Aber nicht genug von solcher „Spinntisiererei".

Die Stadt Nürnberg bzw. ihr Rechtsamt legte noch nach: Leylas Gefährlichkeit werde u. a. dadurch untermauert, dass sie sich an Soli-Aktionen gegen ihre Abschiebung beteilige. Dies führte bereits zum Jahresende 2010 zu breiteren Wellen der Empörung. Presse, Funk und Fernsehen waren fassungslos. Die Stadt Nürnberg jedoch, die sich so gerne als „Stadt der Menschenrechte" rühmt, verhärtete weiterhin ihre erbarmungslose Position gegen ihre junge Bürgerin und beharrte auf der Ausweisung. *jüw* ■

Quellen: Nürnberger Solidaritätsbündnis „Bleiberecht für Leyla", Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, BR-online

Oury Jalloh – Selbstentzündung ausgeschlossen

MAGDEBURG/BERLIN. Seit Januar läuft das Revisionsverfahren im Fall Oury Jalloh gegen Andreas Schubert vor dem Magdeburger Landgericht. Der damalige Dienstgruppenleiter hat sich erneut wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Nachdem der Prozess anfangs nur schleppend in Gang kam und sich viele der bisher geladenen Zeugen nicht richtig erinnern konnten oder wollten, kam es in den vergangenen Verhandlungstagen zu einer überraschenden Wende.

Der Polizeibeamte Torsten Bock hatte ausgesagt, dass er den beiden Polizisten Hans-Ulrich März und Udo Scheibe am 7.1.2005 um die Mittagszeit herum in der

Zelle 5 noch einmal begegnet ist. In dieser Zelle war der an Händen und Füssen gefesselte und auf einer Matratze fixierte Oury Jalloh nur kurze Zeit später bis zur Unkenntlichkeit verbrannt aufgefunden worden.

Die Aussage des Zeugen Bock steht damit in krassem Widerspruch zu den Erklärungen der Beamten März und Scheibe. Beide hatten behauptet, sie seien, nachdem sie den jungen Mann aus Sierra Leone morgens gegen 9:00 Uhr in die Zelle verbracht und ihn an den entsprechenden Halterungen gefesselt hatten, nicht mehr im Gewahrsamsbereich gewesen. Auf die Frage der Richterin, was die beiden denn dort gegen Mittag gemacht haben, erklärte Torsten Bock, dass die Kollegen Oury Jalloh seiner Meinung nach noch einmal durchsucht hätten. Bock hatte daraufhin Hans-Ulrich März gefragt, ob er ihn zum Mittagessen begleiten wolle. März hatte geantwortet, er habe noch zu tun. Als der Polizist Bock vom Essen aus der Kantine zurückkam brannte es bereits. Scheibe und März habe er in der Kantine nicht gesehen, führte Bock weiter aus.

Nachdem das Gericht den Zeugen darüber informiert hatte, dass seine Aussage mit denen von März und Scheibe unvereinbar ist, bemühte dieser sich, das Gesagte zu revidieren. Unterstützt wurde er dabei vom Oberstaatsanwalt Christian Preissner, der auch schon im ersten Prozess in Dessau die Hauptanklage geführt hatte. Mit Worten wie „Ist ja lange her, da können sich Erinnerungen ändern“, versuchte Preissner wie gewohnt eine wichtige Zeugenaussage zu entkräften. (...)

Der Oberstaatsanwalt vertritt auch im Revisionsverfahren keinesfalls den Standpunkt, dass Oury Jalloh in der Zelle 5 ermordet wurde. Stattdessen spricht er im Zusammenhang mit dem Tod des jungen Mannes aus Sierra Leone unbeirrt von einem „Unglück“. Damit impliziert er den Prozessbeteiligten, dass die Geschehnisse am 7.1.2005 im Dessauer Polizeirevier eine Art „Unfall“ gewesen seien. Seiner Ansicht nach hat Oury Jalloh die feuerfeste Matratze, auf der er lag, selbst angezündet, um die Beamte_innen dazu zu bewegen, ihn von den Hand- und Fußfesseln zu befreien. Dabei habe der Gefangene wohl nicht damit gerechnet, dass die Polizist_innen nicht schnell genug reagieren und erst eintreffen würden, als er bereits an einem Hitzeschock gestorben war. Dieser Umstand stellt in den Augen von Christian Preissner das vermeidliche „Unglück“ dar. Diese Hypothese des Oberstaatsanwaltes ist allerdings genauso haltlos wie alle anderen Theorien, die davon ausgehen, dass Oury Jalloh sich, aus welchem Grund auch immer, allein entzündet hat. Abgesehen davon, dass er nachweislich kein Feuerzeug bei sich hatte und die Matratze, auf der er lag, keine offensichtlichen Beschädigungen aufwies, fehlt der wohl wichtigste Beweis, der für eine Selbstentzündung, mit dem Ziel, auf sich aufmerksam zu machen, sprechen würde: Oury Jalloh hat nicht geschrien! Das bestätigte auch die Zeugin Anette Freund. Diese hatte am 7.1.2005 den ganzen Vormittag an der Hauswache gesessen. Sie erklärte, dass man gelegentlich Leute aus dem Gewahrsamsbereich schreien hören konnte. Oury Jalloh hingegen habe sie an diesem Tag gar nicht gehört.

Aus dem zweiten Obduktionsbericht, den die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh in Auftrag gegeben hatte, geht hervor, dass Oury Jallohs Nase gebrochen war. Auch befanden sich nur sehr geringe Kohlenpigmenteinlagerungen in seinen Atmungsorganen, was auf eine sehr schwache Atmung zum Zeitpunkt des Todes schließen lässt. Was war in der Zelle 5 also wirklich geschehen? Warum war Oury Jalloh nicht mehr in der Lage um sein Leben zu schreien? Haben die gleichen Beamten, die ihm die Nase gebrochen haben, ihn später auch angezündet?

Die Aussage des Zeugen Torsten Bocks spielt eine bedeutende Rolle für die Aufklärung des Mordes an Oury Jalloh. Sie gibt eindeutige Anhaltspunkte dafür, dass der im ersten Prozess ebenfalls Angeklagte Hans-Ulrich März und dessen Kollege Udo Scheibe bei ihrer Vernehmung gelogen haben. Ihre bisher verschwiegene und undokumentierte Anwesenheit in der Zelle 5 um die Mittagszeit macht die Selbstmord- oder Unglückstheorie nun auch in den Augen des Magdeburger Landgerichts unwahrscheinlich.

Am 19.5.2011 wird es im Anschluss an die Hauptverhandlung eine Demonstration durch Magdeburg geben. Der Treffpunkt ist um 16.00 Uhr vor dem Magdeburger Landgericht. Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh fordert ein faires Verfahren, das Aufklärung des Falles, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Familie bringt! Ein Ende der Schikanen und Repression gegen alle Aktivist_innen! Ein Ende der Polizeibrutalität und des Behördenrassismus!

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh im New Yorck im Bethanien Berlin - Kreuzberg ■
http://initiativeouryjalloh.wordpress.com

Friedrich redet Rechtspopulisten das Wort

BERLIN. „Bundesinnenminister Friedrich redet Rechtspopulisten das Wort“, kommentiert Ulla Jelpke Äußerungen des Ministers zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen in der EU. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter: „Der deutsche Innenminister hätte sich klar von dem dänischen Angriff auf die Reisefreiheit in Europa distanzieren müssen. Stattdessen äußert er Verständnis und redet mit seiner Formulierung von einem besonderen Migrationsdruck den dänischen Rechtspopulisten nach dem Mund. Im März dieses Jahres sind 24.000 tunesische Migranten nach Italien und damit in den Schengenraum eingereist. In diesem Raum der Reisefreiheit leben rund 400 Millionen Menschen. Das Gerede von einem besonderen Migrationsdruck ist im besten Falle blanker Unsinn. In Bezug auf die Flüchtlinge aus Libyen, die derzeit verstärkt an Europas Küsten landen, ist dieser Begriff schlicht zynisch und irreführend. Denn ihre Aufnahme ist humanitäre Pflicht der EU-Staaten. Daran sollte sich auch ein Bundesinnenminister gebunden fühlen.“

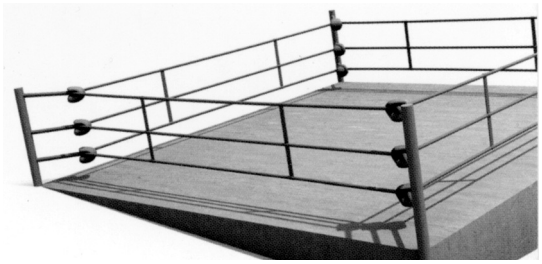
Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Innenministerium stoppt Abschiebungen nach Syrien

HANNOVER. Das niedersächsische Innenministerium hat die Ausländerbehörden „gebeten“, keine Abschiebungen nach Syrien vorzunehmen, „solange die derzeitige Konfliktsituation in Syrien fortbesteht und ein neuer Lagebericht des Auswärtigen Amtes nicht vorliegt, auf dessen Grundlage die tatsächliche Durchführbarkeit von Abschiebungen nach Syrien beurteilt werden kann“. Diese Bitte ist faktisch eine Anordnung, da die Terminierung von Abschiebungen über das Landeskriminalamt erfolgt, welches der Kontrolle des MI untersteht. Es ist erfreulich, dass das niedersächsische Innenministerium die Auffassung des BMI teilt und Abschiebungen nach Syrien stoppt.

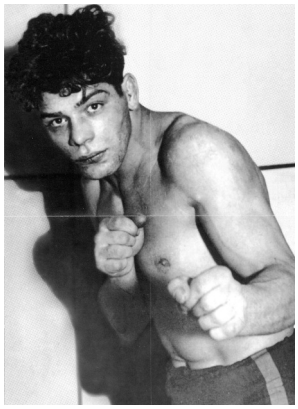
Gleichwohl kann es nicht zufrieden stellen, dass dies nicht unter Bezugnahme auf das dafür vorgesehene Instrument des §60a Abs. 1 AufenthG erfolgt. Mit einem förmlichen Abschiebungsstopp nach dieser Rechtsgrundlage wäre für alle betroffenen Flüchtlinge für einen festgelegten Zeitraum eine gewisse Rechtssicherheit gegeben, die jetzt nicht da ist: Wann ein neuer Lagebericht vorgelegt wird, und ob dieser nach Auffassung des MI dann die Durchführbarkeit von Abschiebungen rechtfertigt, bleibt für die Betroffenen im Dunkeln. Mit diesem Griff in die Trickkiste wollen Bund und Länder offenbar die Rechtsfolgen eines Abschiebungsstopps vermeiden und jederzeit in der Lage sein, Abschiebungen nach Syrien wieder aufzunehmen. Selbstredend bleibt auch das Rückübernahmeabkommen mit Syrien weiterhin in Kraft. Nach wie vor hält die deutsche Politik trotz der andauernden, verheerenden Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes an ihrem Ziel fest, in Kooperation mit den syrischen Behörden eine Abschiebung der in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus Syrien zu erreichen.

gez. Kai Weber, Quelle. Flüchtlingsrat Niedersachsen 4.5.2011 ■



Temporäres Denkmal für Johann „Rukeli“ Trollmann

Die BEWEGUNG NURR (Alekos Hofstetter/Christian Steuer) und Florian Göpfert wollen mit einer Installation, bestehend aus einem stählernen Boxring mit Betonoberfläche, ein temporäres Denkmal für einen außergewöhnlichen sintodeutschen Boxer schaffen, dem aufgrund seiner ethnischen Wurzeln im Nationalsozialismus Erfolg und sozialer Aufstieg versagt blieben. Entrechtet und ausgegrenzt, verlor Johann Trollmann schrittweise seine Existenzgrundlage, wurde 1942 im KZ Neuengamme inhaftiert und 1944 im KZ Wittenberge ermordet. Die über eine Ringecke abgesenkte Boxringskulptur 9841 – der Titel greift die Häftlingsnummer Trollmanns aus dem KZ Neuengamme auf – übersetzt in originaler Größe die soziale und politische Gefährdung, die Trollmanns Leben beherrschte, in ein dreidimensionales Objekt. Die schräge Ebene des Boxrings garantiert keinen Halt mehr, so wie die brutale Diffamierung „nicht-arischer“ Menschen im Dritten Reiches Trollmann sukzessive in den Abgrund von Rechtlosigkeit und Verfolgung zog. Er verlor nicht nur seinen rechtmäßigen Anspruch auf den sportlichen Titel des deutschen Meisters im Halbschwergewicht, sondern auch – und mit ihm viele „nicht-arische“ Sportler – sein Leben.



Deutscher Meister im Halbschwergewicht, 1933. Ein Werk von der BEWEGUNG NURR und Florian Göpfert, realisiert in Zusammenarbeit mit Gunda Isik, workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V., 12.5. - 24.6.2011, Ballhofplatz, Hannover. Weitere Informationen:

http://www.trollmann.info/
http://www.nurr.net/ ■

INPUT – antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf

Der Feind meines Feindes ... Die „Israelsolidarität“ eines Teils der extremen Rechten, Mittwoch, 25. Mai 2011, 19.30 Uhr, Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108 in Düsseldorf. Referenten: Alexander Häusler (Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus FH Düsseldorf) und Jörg Kronauer (Antirassistisches Bildungsforum Rheinland)

Pro goes Jerusalem. Nachdem Filip Dewinter (Vlaams Belang), Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Kent Ekeroth (Schwedendemokraten) im Dezember zum ersten Mal einen politischen Besuch in Israel absolviert hatten, begab sich auch Patrik Brinkmann (zu der Zeit noch „Internationaler Sekretär“ der „pro-Bewegung“) im Februar dorthin.

Offizieller Zweck der Reise war es, die israelische Rechte in das entstehende europaweite Bündnis extrem rechter Parteien gegen den Islam einzubinden; Zielgruppe sind neben ultrarechten Siedlern gleich mehrere Parteien, darunter auch der Likud des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Inoffiziell diente der Aufenthalt natürlich auch dazu, die europäischen Rechtsaußen-Parteien vom Ruch des Antisemitismus zu befreien. Dies gilt weithin als Voraussetzung, um sie regierungsfähig zu machen, was zumindest im Falle der FPÖ in naher Zukunft von Bedeutung sein kann. Der Vortrag informiert über die aktuellen Israel-Aktivitäten eines Teils der extremen Rechten in Europa und über die strategischen Ziele, die die Beteiligten auf beiden Seiten damit verfolgen.

Veranstalter: Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland ■

Verleihung des Aachener Friedenspreises 2011 an die Informationsstelle Militarisierung (IMI)

AACHEN/TÜBINGEN. Die Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) in diesem Jahr mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wird. Die Preisverleihung findet am Antikriegstag, am 1. September statt. Der Aachener Friedenspreis wurde 1988 als Verein gegründet, um Menschen und Gruppen zu würdigen und vorzustellen, die von „unten her“ dazu beitragen, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu dienen sowie Feindbilder ab- und Vertrauen aufzubauen. Heute gehören dem Aachener Friedenspreis e.V. ca. 400 Mitglieder an, darunter rund 350 Einzelpersonen, sowie etwa 50 Organisationen.

„Der Aachener Friedenspreis ist die schönste Auszeichnung, die man sich als Kriegsgegner in Deutschland wünschen kann, wir freuen uns sehr über die Verleihung“, so Jürgen Wagner, geschäftsführender IMI-Vorstand. „Wir sehen die Ehrung auch als eine Bestätigung unserer Arbeit, die es sich zum Schwerpunkt gemacht hat, die Rolle Deutschlands und der Europäischen Union in den Mittelpunkt einer kritisch-antimilitaristischen friedenspolitischen Arbeit zu stellen. Mit der Würdigung der Informationsstelle Militarisierung hat der Aachener Friedenspreis unterstrichen, dass der Krieg oft genug vor der eigenen Haustüre, hier in Deutschland, vorbereitet wird und auch hier bekämpft werden kann.“

„Besonders freut uns diese Ehrung, da sie mit unserem 15-jährigen Jubiläum zusammenfällt, sie ist uns ein Ansporn für die Zukunft, unseren eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu beschreiten“, freut sich IMI-Gründungsmitglied Tobias Pflüger, der seit Anfang an auch im Vorstand aktiv ist.

Die Informationsstelle Militarisierung wurde 1996 gegründet. Sie versteht sich als ein Mittler zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung und versucht vor allem durch die Aufarbeitung und Bereitstellung kritischer Informationen Widerstand gegen die Militarisierung Deutschlands zu motivieren und zu unterstützen.

PM IMI, www.imi-online.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Hitler als Retter von Millionen Menschenleben

Zwei der vielen Verbrechen des Naziregimes sind so ungeheuerlich, dass sie von den politisch/ideologischen Nachfolgern der NSDAP nicht einfach plump gerechtfertigt werden können: der industriell durchgeführte Völkermord an den europäischen Juden und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs. Sie werden abgestritten (Holocaustleugnung) oder relativiert (Kriegsschuldfrage). Der Überfall der Naziwehrmacht auf die Sowjetunion, der sich am 22. Juni zum 70. Mal jährt und der den Krieg nicht nur geographisch ausweitete, sondern auch qualitativ veränderte und letztlich der Anfang vom Ende der braunen Machthaber war, gehört zum zweiten Themenblock. Auch nach gut zwei Generationen wird er auf der Rechten als so wichtig erachtet, dass er den Machern von ZUERST! nicht nur einen Beitrag, sondern das Schwerpunktthema des Maiheftes wert ist. Die reißerische Schlagzeile der Titelseite „Die Legende vom Überfall – Wie Stalin 1941 gestoppt wurde“ nimmt den Inhalt der Beiträge bereits vorweg.

Dabei geht es anfangs recht verhalten los. Im neunseitigen Schwerpunktbeitrag „Die Legende vom Überfall“, der von gleich vier Autoren stammt, werden die Naziinterpretation des Überfalls sowie die unterschiedlichen geschichtsrevisionistischen Ansätze dargestellt, aber nur in zweiter Linie bewertet. Aggressiv und offensiv argumentiert dagegen der russische Publizist Dr. DMITRIJ CHMELNINIZKI, der von ZUERST!-Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER interviewt wird. Zuerst geht es um die Person Stalins und seine angeblichen Weltherrschaftspläne: „Stalin war ein totaler Diktator. Dieser Mann hatte ein großes Ziel: ein starkes, aggressives Militär. Alles, was er in den 1920er und 1930er Jahren unternahm, geschah, um seine Armee zu stärken. Man kann Stalins Regierungsstil, seine Maßnahmen – beispielsweise zur Kollektivierung – nur dann verstehen, wenn man dieses Ziel kennt. Viktor Suworow hat wiederum die Antwort geliefert, wofür Stalin diese starke, aggressive Armee brauchte – für einen Angriff auf Europa“.

Aus dem Munde eines Russen, praktisch eines Kronzeugen, der qua Geburt ja kein Nazi sein kann, soll eine solche Aussage besonders schwer wirken. Aber Ochsenreiter will mehr hören und fragt deshalb: „Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde in Büchern, Ausstellungen und Reden immer wieder vor Stalin gewarnt. Der sowjetische Diktator, so hieß es, wolle Europa unterjochen, mit dem Gulag-System überziehen. Argumentiert wurde vor allem mit den Zuständen in der Sowjetunion, die sich auf ganz Europa ausbreiten würden. Heute kritisiert man dies gerne als ‚Propagandamärchen‘ der Nationalsozialisten. Natürlich bedient Chmelnizki die Erwartungen seines Interviewers: „Propaganda war das zweifellos, aber Märchen waren das keine. Die deutsche Propaganda gegen die UdSSR war eine außerordentlich interessante Sache. Ich habe mich intensiv damit beschäftigt. 95 Prozent der Behauptungen entsprechen der Wahrheit. Die restlichen 5 Prozent, nach denen die Juden an allem Schuld seien, sind natürlich Unsinn. Die nationalsozialistische Propaganda beschrieb die schrecklichen Lebensumstände in der Sowjetunion außerordentlich präzise“. Faschismus ohne Holocaust als historische Alternative zum Sozialismus.

Aber es kommt noch „besser“: Auf Ochsenreiters Frage „Angenommen, die deutsche Wehrmacht hätte am 22. Juni 1941 nicht die Sowjetunion angegriffen, wie wäre die Geschichte verlaufen?“ antwortet der Russe: „Das wäre eine Katastrophe für Europa gewesen. Stalin hätte Europa angegriffen. Deutschland und Osteuropa wären von der Roten Armee wohl rasch überrannt worden. ...Innerhalb weniger Monate hätten Stalins Soldaten wohl an der portugiesischen Atlantikküste gestanden.... Man kann vermuten, daß es bei einer solchen Entwicklung, nachdem Stalin Europa niedergeworfen hätte, zu einem US-amerikanisch-sowjetischen Konflikt gekommen wäre. Nur wäre dann die erste Atombombe wohl in Moskau oder Mitteleuropa explodiert und nicht in Fernost. Sehen Sie, das mag nun hart und ungewohnt für deutsche Ohren klingen: Aber wahrscheinlich hat die tatsächliche Entwicklung – also der deutsche Angriff auf die Sowjetunion – Europa vor einem noch größeren Unglück bewahrt. Vielleicht wären bei einem Kriegsverlauf, bei dem Stalin den ersten Zug gemacht hätte, nicht 50 Millionen Menschen getötet worden, sondern einige hundert Millionen. Ich halte das für nicht unwahrscheinlich“.

Nebenbei: Soweit das von außen zu beurteilen ist, ist ZUERST! Aufgrund fehlender Fremdanzeigen für Verleger Munier ein Zuschussgeschäft, bei dem man sich Monat für Monat fragt, warum er es finanziert. Wie der Zufall will, hat der ausführlich zu Wort kommende russische Geschichtsrevisionist Chmelnizki gemeinsam mit seinem Kollegen Suworow gerade ein neues Buch herausgebracht, das im Munier-konzernangehörigen Pour le Merite Verlag erschienen ist und vor dem Interview ganzseitig beworben wird. ZUERST! dient also auch (wenn vielleicht auch nicht in erster Linie) als mit 6,50 Euro Verkaufpreis recht teures Werbemagazin für Muniers Medien.

Ein Anliegen der ZUERST!-Redaktion scheint darin zu liegen, sich inhaltlich eigentlich ausschließende Teile der Rechten zusammen zu führen. Da wird einerseits der der im katholischen Spektrum rechtsaußen angesiedelten Pius-Bruderschaft angehörende Bischof und Holocaust-Leugner WILLIAMSON interviewt, der der Meinung ist, von einer „liberalen katholischen Kirchengemeinde“ ginge eine „größere Gefahr für die Europäer aus“ als „von einer radikal-islamischen Moschee“. Andererseits äußert ALEXANDER SCHNELL sich über Vornamen, die aus der christlichen Tradition kommen: „...die Einfallslosigkeit, wie sie mit den Kontinuitäten der Beliebtheits-Hitlisten zum Ausdruck kommt. In jenen wirkt letztlich noch immer die unendliche kulturelle Verarmung in dieser Frage weiter, die Jahrhunderte christliches Mittelalter bewirkt haben. Von den hunderten altdeutsch-germanischen Vornamen verschwanden die meisten, danach dominierten nur noch ein paar Dutzend Namen vorwiegend christlich-jüdischer Herkunft“. Passend dazu werden dann Titel wie „Kleine Runenkunde“, „Das Erbe der Ahnen – Germanische Feste und Bräuche im Jahresring“ und „Das Buch der deutschen Sinnzeichen“ aus dem zur Munier-Verlagsgruppe gehörenden Orion-Heimreiter-Verlag beworben. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507